

**10**

10. Oktober 1997 · 17. Jahrgang,  
S. 236–261 · ISSN 1430–550X

**Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe**

## INHALT

### **GI Aktuell**

Seite 236

### **Fristversäumnis**

Rechtsmittelauftrag · Erledigungskontrolle

(BGH, Beschl.v. 8.4.1997 – VI ZB 8/97)

Seite 237

### **Fristenkontrolle**

Ausgangskontrolle · Telefax

(BGH, Beschl.v. 4.7.1996 – V ZB 15/96)

Seite 239

### **Steuerberaterhaftung**

Getrennte Veranlagung von Eheleuten · Überweisung der Steuererstattung

(OLG Düsseldorf, Ur.t.v. 19.12.1996 – 13 U 232/95)

Seite 240

### **Wirtschaftsprüferhaftung**

Prüfungsumfang · Unterschlagungen · Plausibilitätsprüfungen · Darlegungs- und Beweislast

(OLG Düsseldorf, Ur.t.v. 27.6.1996 – 5 U 11/96)

Seite 242

### **Honoraranspruch des Steuerberaters**

Verjährung · Pauschalierungen · Erstellung des Kassenbuchs · Besprechung mit dem Finanzamt

(OLG Düsseldorf, Ur.t.v. 13.6.1996 – 13 U 68/95)

Seite 250

### **Honoraranspruch des Steuerberaters**

Fälligkeit · Zurückbehaltungsrecht · Nachbesserung

(OLG Düsseldorf, Ur.t.v. 27.2.1997 – 13 U 23/96)

Seite 252

### **GI Leitsätze**

Seite 255



**Jetzt auf CD-ROM: Der Mandatsvertrag.**

**Die elektronische GI-Gesamtausgabe 1980–1997**

## GI Aktuell

### Bundesfinanzhof bleibt dabei: Vermögensteuer darf für die Vergangenheit weiter erhoben werden

Der II. Senat des Bundesfinanzhofs hat jetzt auch im Rahmen eines Revisionsverfahrens entschieden, daß das Vermögensteuergesetz auf alle bis zum 31.12.1996 verwirklichten Tatbestände weiterhin anwendbar ist. Bislang hatte er diese Ansicht nur in einem Verfahren über vorläufigen Rechtsschutz vertreten (Beschuß vom 18.6.1997 – II B 33/97, Pressemitteilung Nr. 9 vom 25.6.1997). Da derartige Verfahren lediglich eine summarische Prüfung erfordern, bestand Ungewißheit, ob er auch nach endgültiger Prüfung bei seiner Ansicht bleiben werden. Diese Ungewißheit ist nunmehr ausgeräumt.

Das Urteil des II. Senats des Bundesfinanzhofs vom 30.7.1997 – II R 9/95, mit dem dieser über die Revision gegen eine Entscheidung des Finanzgerichts Münster zu befinden hatte, wird in Kürze veröffentlicht werden. (Pressemitteilung d. BFH v. 8.9.1997, Nr. 10)

### Steuerliche Abziehbarkeit von Schulgeld als Sonderausgabe

Der Bundesfinanzhof hat in mehreren Urteilen über die steuerliche Berücksichtigung von Schulgeld entschieden.

Besucht ein Kind, für das der Steuerpflichtige einen Kinderfreibetrag oder Kindergeld erhält, eine Privatschule, so kann er 30 v.H. des Schulgelds als Sonderausgabe abziehen (§ 10 Abs. 1 Nr. 9 EStG), wenn es sich um eine nach Art. 7 Abs. 4 GG staatlich genehmigte oder nach Landesrecht erlaubte Ersatzschule oder um eine nach Landesrecht anerkannte allgemeinbildende Ergänzungsschule handelt. Ausgenommen ist das Entgelt für Beherbergung, Betreuung und Verpflegung.

Ob eine Schule als Ersatzschule oder Ergänzungsschule zu beurteilen ist, hängt von den Gesetzen des jeweiligen Bundeslandes ab, denen die Schule unterliegt. Die Schule muß von der zuständigen obersten Kultusbehörde des jeweiligen Bundeslandes tatsächlich als Ersatzschule genehmigt oder als Ergänzungsschule anerkannt worden sein.

Im Urteil vom 11.6.1997 – X R 77/94 hat der BFH Schulgeld für den Besuch einer **Schule zur Ausbildung von Krankengymnasten**, die nicht nach Landesrecht als Ersatzschule genehmigt war, nicht berücksichtigt. Die bundesrechtliche Genehmigung nach § 7 des Gesetzes über die Ausübung der Berufe des Masseurs, des Masseurs und Bademeisters und des Krankengymnasten – Masseurgesetz – kann die landesrechtliche Genehmigung als Ersatzschule nicht ersetzen. Auch genügt es nicht, daß die Schule begrifflich eine Ersatzschule ist und daher Anspruch auf die Genehmigung hat. Die Genehmigung muß – auch wenn sie aufgrund der bundesrechtlichen Genehmigung für den Betrieb der Schule nicht erforderlich ist – beantragt und erteilt worden sein.

Sieht das Landesrecht – wie z.B. in Nordrhein-Westfalen – ein Anerkennungsverfahren für **allgemeinbildende Ergänzungsschulen** nicht vor, ist das Schulgeld für den

Besuch einer solchen Schule, auch wenn damit die Schulpflicht erfüllt wird (BFH-Urteil vom 11.6.1997 – X R 144/95), nicht als Sonderausgabe abziehbar.

Da § 10 Abs. 1 Nr. 9 EStG mit den aufgezählten Schultypen an schulrechtliche, in den Landesgesetzen geregelte Begriffe anknüpft, sind ausländische Schulen allgemein nicht begünstigt. Nach dem BFH-Urteil vom 11.6.1997 – X R 74/95 verstößt die Nichtberücksichtigung **ausländischer Schulen** weder gegen das Gleichheitsgebot des Art. 3 Abs. 1 GG noch gegen europäisches Gemeinschaftsrecht.

Die Urteile werden in Kürze veröffentlicht werden. (Pressemitteilung d. BFH v. 11.9.1997, Nr. 11)

### Abfindung anlässlich eines Betriebsübergangs nicht steuerfrei

Mit Urteil vom 16.6.1997 – XI R 85/96 hat der XI. Senat des Bundesfinanzhofs entschieden, daß der Arbeitgeberwechsel im Rahmen eines (Teil-)Betriebsübergangs nicht zur Auflösung des bestehenden Dienstverhältnisses führt und aus diesem Grund die aus Anlaß des Betriebsübergangs erhaltene Abfindung nicht gemäß § 3 Nr. 9 des Einkommensteuergesetzes (EStG) steuerbefreit ist.

Im Streitfall wurde der bei einem Stromversorgungsunternehmen beschäftigte Kläger anlässlich der Übertragung der Stromversorgungsanlagen von dem anderen Unternehmen übernommen. Im Hinblick auf die Absicherung des sozialen Besitzstandes wurde eine Ausgleichszahlung gewährt. Das Finanzamt ermäßigte zwar den auf die außerordentlichen Einkünfte entfallenden Steuersatz (§§ 24 Nr. 1 Buchst. A, 34 Abs. 1 EStG), lehnte die Anwendung des § 3 Nr. 9 EStG aber ab. Einspruch und Klage hatten keinen Erfolg.

Der Bundesfinanzhof wies die Revision zurück und führte im wesentlichen aus: **Gemäß § 3 Nr. 9 Satz 1 EStG seien Abfindungen wegen einer vom Arbeitgeber veranlaßten oder gerichtlich ausgesprochenen Auflösung des Dienstverhältnisses, höchstens jedoch 24.000 DM, steuerfrei.** Die Auflösung des Dienstverhältnisses verlange dessen endgültige Beendigung; nur unter dieser Voraussetzung sei die aus sozialpolitischen Gründen gewährte Steuerbefreiung, mit der den Folgen eines Arbeitsplatzverlustes Rechnung getragen werden soll, gerechtfertigt.

Im Streitfall sei das bisherige Dienstverhältnis nicht aufgelöst worden. Der (Teil-)Betriebsübergang habe nicht zur endgültigen Beendigung des bestehenden Dienstverhältnisses geführt. Das bestehende Dienstverhältnis sei vielmehr mit einem neuen Arbeitgeber und mit teilweise geänderten Konditionen fortgesetzt worden. Die Fortsetzung des bestehenden Dienstverhältnisses komme insbesondere darin zum Ausdruck, daß die an der Übertragung des Betriebes beteiligten Personen von einem **Betriebsübergang i.S.d. § 613a BGB** ausgegangen seien, daß in dem mit dem neuen Arbeitgeber abgeschlossenen Arbeitsvertrag nicht von einer Einstellung, sondern von einer Übernahme gesprochen werde und daß als **Beginn der Beschäftigung** der Tag angesetzt worden sein, an dem der Kläger seinen Dienst bei dem vormaligen Arbeitgeber begonnen habe. Ferner sei in bezug auf Arbeitnehmerjubiläen oder sonstige Leistungen eine Anrechnung der Vordienstzeiten vereinbart worden.

(Pressemitteilung d. BFH v. 18.9.1997, Nr. 12)

## **Fristversäumnis**

- Rechtsmittelauftrag
  - Erledigungskontrolle
- (BGH, Beschl. v. 8.4.1997 – VI ZB 8/97)

### **Leitsatz:**

**Die Beschwerde gegen einen die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand versagenden Beschluß darf nicht auf neuen, innerhalb der Antragsfrist nach §§ 234 Abs. 1, 236 Abs. 2 ZPO nicht vorgebrachten Sachvortrag über organisatorische Maßnahmen in der Kanzlei des Prozeßbevollmächtigten gestützt werden, auf deren Fehlen die Versagung der Wiedereinsetzung im angefochtenen Beschluß gegründet worden war.**

### **Aus den Gründen:**

I. Der Beklagte hat gegen das ihm am 16.10.1996 zugestellte Urteil des Landgerichts vom 14.8.1996, durch das er zur Zahlung von 9.596,20 DM nebst Zinsen an die Klägerin verurteilt worden ist, mit am 2.12.1996 eingegangenem Schriftsatz Berufung eingelegt und zugleich Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Versäumung der Berufungsfrist beantragt. Zur Begründung des Wiedereinsetzungsgesuchs hat er vorgetragen:

Rechtsanwalt Sch., der ihn im ersten Rechtszug vertreten habe, habe am 18.11.1996, dem letzten Tag der Berufungsfrist, vormittags gegen 11.00 Uhr die Handakte seinem seit 40 Jahren in der Anwaltskanzlei tätigen Bürovorsteher übergeben und ihn beauftragt, den beim Berufungsgericht zugelassenen Rechtsanwalt D. fernmündlich oder mit Telefax zu beauftragen, die Berufung in vorliegender Sache einzulegen. Da beide Rechtsanwälte seit 18 Jahren ohne jede Schwierigkeiten zusammengearbeitet hätten, habe er ohne weiteres davon ausgehen können, daß Rechtsanwalt D. das Mandat annehmen und das Rechtsmittel einlegen werde.

Entgegen der ihm erteilten Weisung habe es der Bürovorsteher jedoch versäumt, am 18.11.1996 Rechtsanwalt D. zu verständigen. Der Büro-

vorsteher habe die Handakte zwar auf seinen Schreibtisch gelegt, um den Auftrag zu erledigen, sei aber in der Folgezeit durch andere Aufgaben abgelenkt worden. Erst am nächsten Tag habe er dann die Akte auf seinem Schreibtisch vorgefunden. Rechtsanwalt Sch. selbst sei am 18.11.1996 nach der Beauftragung des Bürovorstehers außerhalb der Kanzlei tätig gewesen und an diesem Tage nicht mehr in diese zurückgekehrt. Der Beklagte hat zu diesem Vorbringen eine eidesstattliche Versicherung des Bürovorstehers vorgelegt.

Das Berufungsgericht hat den Wiedereinsetzungsantrag zurückgewiesen und die Berufung des Beklagten als unzulässig verworfen. Es hat dabei darauf abgestellt, es könne dem Vortrag des Beklagten nicht entnommen werden, daß sein erstinstanzlicher Rechtsanwalt Sch. durch eine ordnungsgemäße Büroorganisation sichergestellt habe, daß Fristen auch tatsächlich fristgerecht ausgeführt werden, sofern sie von ihm nicht selbst vorgenommen oder überwacht werden. Dazu hätte es, um Fristversäumnisse zu vermeiden, einer ausreichenden Ausgangs- und Fristenkontrolle am Ende eines jeden Arbeitstages der Kanzlei bedurft. Eine diesen Erfordernissen entsprechende Kontrolle hätte noch rechtzeitig aufdecken können, daß die Handakte unbearbeitet auf dem Schreibtisch des Bürovorstehers liegengeblieben sei.

Gegen diesen ihm am 14.1.1997 zugestellten Beschluß richtet sich die am 28.1.1997 eingegangene sofortige Beschwerde des Beklagten, zu deren Begründung er, wiederum unter Vorlage einer eidesstattlichen Versicherung des Bürovorstehers, vorträgt: In der Kanzlei des Rechtsanwalts Sch. sei eine ordnungsgemäße Fristen- und Ausgangskontrolle gewährleistet. Jeweils gegen 16.00 Uhr werde dem bearbeitenden Anwalt oder im Falle von dessen Abwesenheit dem Bürovorsteher der Fristenkalender mit der betreffenden Akte nochmals vorgelegt. Dies sei auch am 18.11.1996 geschehen; der Fristenkalender mit der den vorliegenden Rechtsstreit betreffenden Handakte, die bereits auf dem Schreibtisch des Bürovorstehers gelegen habe, sei diesem nochmals vorgelegt worden. Warum dieser sich auch dann nicht mit der Kanzlei des zweitinstanzlichen Rechtsanwalts D. in Verbindung gesetzt habe, sei unverständlich.

II. Die zulässige sofortige Beschwerde hat in der Sache keinen Erfolg. Das Oberlandesgericht hat dem Beklagten zu Recht die beantragte Wiedereinsetzung in den vorigen Stand versagt und die Berufung als unzulässig verworfen.

1. Zutreffend geht das Berufungsgericht davon aus, daß der erstinstanzliche Prozeßbevollmächtigte des Beklagten, Rechtsanwalt Sch., **seinen langjährigen und erfahrenen Bürovorsteher damit beauftragen durfte, für die Einlegung des Rechtsmittels durch Einschaltung des beim Rechtsmittelgericht zugelassenen Rechtsanwalts D. Sorge zu tragen.** Dabei konnte Rechtsanwalt Sch. aufgrund der langjährigen Zusammenarbeit der beteiligten Rechtsanwälte davon ausgehen, daß das Mandat nach Auftragserteilung durch den Bürovorsteher angenommen und unverzüglich Berufung eingelegt werde.

2. Das Berufungsgericht hat jedoch zu Recht ein Verschulden des Rechtsanwalts Sch. an der Fristversäumung, welches sich der Beklagte gemäß § 85 Abs. 2 ZPO zurechnen lassen muß, darin gesehen, daß in der Kanzlei dieses Prozeßbevollmächtigten die rechtzeitige Ausführung von Fristsachen nicht durch eine Büroorganisation gewährleistet war, die eine den Anforderungen entsprechende Fristen- und Ausgangskontrolle sicherstellte.

**Der Anwalt muß durch die Büroorganisation dafür Sorge tragen, daß die Erledigung fristgebundener Sachen am Abend eines jeden Arbeitstages anhand des Fristenkalenders überprüft wird** (ständige Rechtsprechung, vgl. z.B. *Senatsbeschl. v. 14.4.1992 – VI ZB 8/92, VersR 1992, 1155, 1156; BGH, Beschl. v. 1.4.1993 – III ZB 33/92, VersR 1994, 369, 370; v. 18.10.1993 – II ZB 7/93, GI 1994, 164 = VersR 1994, 703; v. 14.3.1996 – III ZB 13/96, BGHR-ZPO § 233 – Ausgangskontrolle 5 m.w.N.). **Diese Sorgfalt ist auch dort zu wahren, wo es um die Übermittlung eines Auftrags zur Rechtsmittel-einlegung an einen zweitinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten geht, da von dessen rechtzeitiger Einschaltung die Fristwahrung hinsichtlich des Rechtsmittels ab hängt** (vgl. *BGH, Beschl. v. 16.9.1993 – V ZB 33/93, NJW 1993, 3140; v. 8.12.1993 – VIII ZB 40/93, VersR 1994, 956, 957).**

Wie im angefochtenen Beschluß zutreffend ausgeführt ist, ließ der Vortrag des Beklagten in der Begründung des Wiedereinsetzungsgesuchs jede Schilderung dazu vermissen, ob und in welcher Weise Rechtsanwalt Sch. durch eine entsprechende Organisation seines Bürobetriebes eine Fristenkontrolle in der dargestellten Weise sichergestellt hat. Das Berufungsgericht geht auch zu Recht davon aus, daß eine **funktionsfähige Erledigungskontrolle** im vorliegenden Fall dazu geführt hätte, das Versäumnis des Bürovorstehers, entsprechend dem ihm erteilten Auftrag den zweitinstanzlichen Rechtsanwalt D. zu verständigen, aufzudecken.

3. Das Vorbringen des Beklagten in der Beschwerdebegründung vermag das Verschulden seines erstinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten ebenfalls nicht auszuräumen und die Wiedereinsetzung nicht zu rechtfertigen. Denn dieser Vortrag darf nicht berücksichtigt werden.

a) Zwar kann nach § 570 ZPO eine Beschwerde grundsätzlich auch auf neue Tatsachen gestützt werden. Soweit sich die Beschwerde jedoch gegen einen die Wiedereinsetzung ablehnenden Beschluß richtet, ist zu beachten, **daß alle Tatsachen, die für die Wiedereinsetzung von Bedeutung sein können, innerhalb der zweiwöchigen Antragsfrist (§§ 234 Abs. 1, 236 Abs. 2 ZPO) vorgetragen werden müssen.**

Lediglich erkennbar unklare oder ergänzungsbedürftige Angaben, deren Aufklärung nach § 139 ZPO geboten war, dürfen nach Fristablauf erläutert und vervollständigt werden (ständige Rechtsprechung, vgl. z.B. *Senatsbeschl. v. 21.3.1995 – VI ZB 5/95, VersR 1995, 933, 934; BGH, Beschl. v. 28.2.1991 – IX ZB 95/90, NJW 1991, 1892; v. 26.11.1991 – XI ZB 10/91, GI 1992, 234 = NJW 1992, 697; v. 4.5.1994 – XII ZB 21/94, GI 1995, 2 = NJW 1994, 2097, 2098 m.w.N.).*

Keinesfalls darf in der Beschwerde neuer Vortrag über organisatorische Maßnahmen nachgeschoben werden, auf deren Fehlen die Versagung der Wiedereinsetzung im angefochtenen Beschluß gerade gestützt worden ist (vgl. *BGH, Beschl. v. 20.5.1992 – XII ZB 43/92, BGHR-ZPO § 234 Abs. 1 – Begründung 6; vgl. hierzu auch Müller, NJW 1995, 3224, 3226 m.w.N.).*

b) Bei dem Vorbringen des Beklagten in der Beschwerdebegründung handelt es sich nicht

um eine bloße Ergänzung oder Erläuterung des ursprünglich geltend gemachten Wiedereinsetzungsgrundes. Dieser war weder unklar noch unvollständig dargestellt, sondern enthielt eine geschlossene und als solche nicht ergänzungsbedürftige Schilderung eines der Fristversäumung zugrunde liegenden Versäumnisses des Bürovorstehers, der entgegen der ihm am Vormittag des 18.11.1996 erteilten Weisung Rechtsanwalt D. nicht mit der Einlegung der Berufung beauftragt habe. Vielmehr will der Beklagte in der Beschwerdebegründung gänzlich neuen Vortrag zu büroorganisatorischen Maßnahmen seines erstinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten nachschieben, nachdem das Berufungsgericht gerade auf deren Fehlen die Versagung der Wiedereinsetzung rechtlich zutreffend gestützt hatte. Damit kann der Beklagte nicht gehört werden.

4. Es kann daher dahingestellt bleiben, ob der neue Vortrag in der Beschwerdebegründung und die hierzu vorgelegte weitere eidesstattliche Versicherung des Bürovorstehers in der Sache geeignet gewesen wären, eine hinreichende Organisation der Fristenkontrolle in der Kanzlei des Rechtsanwalts Sch. glaubhaft zu machen, wogegen erhebliche Bedenken bestehen könnten.

## **Fristenkontrolle**

- Ausgangskontrolle
- Telefax

(BGH, Beschl. v. 4.7.1996 – V ZB 15/96)

### **Leitsatz (d. Red.):**

**Der Prozeßbevollmächtigte hat durch sachgerechte Einzelanweisung für den rechtzeitigen Eingang fristwahrender Schriftstücke Sorge zu tragen und durch weitere Maßnahmen Fehlerquellen bei der Behandlung von Fristsachen in größtmöglichem Umfang auszuschließen. Hierzu gehört eine wirksame Ausgangskontrolle.**

## **Aus den Gründen:**

I. Durch am 8.3.1996 zugestelltes Urteil hat das Landgericht Magdeburg den Beklagten zur Abgabe einer Willenserklärung verurteilt. Seine Berufung vom 9.4.1996, Dienstag nach Ostern, ist am 11.4.1996 auf dem Postweg beim Oberlandesgericht N. eingegangen. Gegen die Versäumung der Berufungsfrist hat der Beklagte am 19.4.1996 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt.

Das Wiedereinsetzungsgesuch hat er unter Glaubhaftmachung der vorgetragenen Tatsachen wie folgt begründet: Sein Prozeßbevollmächtigter, Rechtsanwalt Dr. W., habe im Hinblick auf den Ablauf der Berufungsfrist mit Ende des 9.4.1996 die für ihn tätige Auszubildende G. unmißverständlich darauf hingewiesen, die Berufungsschrift per Telefax vorab dem Oberlandesgericht zu übermitteln und anschließend Rechtsanwalt L. in Braunschweig, der intern das Mandat betreue, von der Berufungseinlegung durch Übersendung eines weiteren Faxes und eines Mandantenvermerks in Kenntnis zu setzen. Aus unerklärlichen Gründen habe die sonst zuverlässige Frau G. die Berufungsschrift – und den Mandantenvermerk – lediglich an Rechtsanwalt L. per Fax übermittelt und die angeordnete Vorabübermittlung an das Oberlandesgericht unterlassen.

Durch Beschluß vom 20.5.1996 hat das Berufungsgericht den Wiedereinsetzungsantrag des Beklagten zurückgewiesen und die Berufung als unzulässig verworfen. Hiergegen wendet sich die sofortige Beschwerde.

II. Die zulässige Beschwerde ist nicht begründet.

Nach § 233 ZPO setzt die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand voraus, daß die Partei ohne ihr Verschulden gehindert war, die versäumte Frist einzuhalten. **Hierzu reicht nach ständiger Rechtsprechung nicht aus, daß ihr Prozeßbevollmächtigter sachgerechte Einzelanweisungen für den rechtzeitigen Eingang fristwahrender Schriftsätze trifft. Er hat vielmehr durch weitere Maßnahmen Fehlerquellen bei der Behandlung von Fristsachen in größtmöglichem Umfang auszuschließen** (BGH, Beschl. v. 17.11.1992 – X ZB 20/92, GI 1993, 222 = BGHR-ZPO § 233 – Verschulden 17;

v. 24.3.1993 – XII ZB 12/93, GI 1993, 217 = BGHR-ZPO § 233 – Ausgangskontrolle 2).

Hierzu gehört nach ständiger Rechtsprechung eine **wirksame Ausgangskontrolle** (Senatsurt. v. 24.4.1994 – V ZR 62/93, BGHR-ZPO § 233 – Fristenkontrolle 36; Beschl. v. 13.11.1991 – XII ZB 130/91, BGHR-ZPO § 233 – Fristenkontrolle 20; v. 26.3.1994 – III ZB 16/93, BGHR-ZPO § 233 – Ausgangskontrolle 3). **Bei der Übermittlung fristwahrender Schriftsätze per Telefax bedeutet das, daß eine Prüfung stattzufinden hat, ob der Schriftsatz tatsächlich übermittelt worden ist** (Senatsurt. v. 24.4.1994, a.a.O.; Beschl. v. 28.9.1989 – VII ZB 9/89, GI 1990, 32, 208 = BGHR-ZPO § 233 – Rechtsmitteinlegung 3; v. 10.10.1991 – VII ZB 3/91, VersR 1992, 638; v. 17.11.1992 – X ZB 20/92, GI 1993, 222 = NJW 1993, 732; v. 24.3.1993 – XII ZB 12/93, GI 1993, 217 = BGHR-ZPO § 233 – Ausgangskontrolle 2). Hieran fehlt es.

Wie das Berufungsgericht zutreffend ausführt, war die weitere Weisung an Frau G., die Berufungsschrift und einen Mandantenvermerk Rechtsanwalt L. per Fax zu übermitteln, hierzu nicht hinreichend. Hieraus konnte Rechtsanwalt L. lediglich entnehmen, daß die Berufungsschrift gefertigt war. Zur Prüfung, ob sie entsprechend der Weisung von Rechtsanwalt Dr. W. zuvor per Telefax an das Oberlandesgericht abgesandt worden war, war die angeordnete Übermittlung an Rechtsanwalt L. offensichtlich ungeeignet.

## Steuerberaterhaftung

- Getrennte Veranlagung von Eheleuten
- Überweisung der Steuererstattung (OLG Düsseldorf, Urt. v. 19.12.1996 – 13 U 232/95)

### Leitsätze (d. Red.):

**1. Aus der Verpflichtung zur ehelichen Lebensgemeinschaft ergibt sich das Gebot, einer Zusammenveranlagung zuzustimmen.**

**2. Die Zustimmungspflicht endet, wenn der Fordernde die Nachteile beim Zustimmungenden nicht ausgleichen will.**

**3. Fragen zur vermögensmäßigen Auseinandersetzung von Eheleuten sind nicht untrennbar mit der steuerlichen Beratung verbunden.**

**4. Eine Steuerrückerstattung steht bei Zusammenveranlagung demjenigen Ehegatten zu, der die Steuer im Laufe des Veranlagungszeitraums entrichtet hat. Eine Aufteilung des Rückerstattungsbeitrages hat entsprechend dem Verhältnis der Steuerbeträge zu erfolgen, die im Veranlagungszeitraum einbehalten bzw. gezahlt wurden.**

### Aus den Gründen:

Die Berufung der Klägerin ist nicht begründet. Ein Schadenersatzanspruch wegen fehlerhafter steuerberatender Tätigkeit des Beklagten steht der Klägerin nicht zu.

I. Der Beklagte hat in der Vergangenheit die Klägerin und ihren Ehemann sowie dessen Unternehmen E. S. GmbH & Co. KG steuerlich beraten. Anfang 1992 bereitete der Beklagte für die Klägerin und ihren Ehemann die Einkommensteuererklärung für den Veranlagungszeitraum 1990 vor und legte sie den Eheleuten mit der Bitte um Unterschrift und Weitergabe an das Finanzamt vor. In der gemeinsamen Steuererklärung hatte der Beklagte – wie bereits in den Vorjahren – für den Fall einer Steuererstattung als Empfängerkonto das Girokonto des Ehemanns angegeben.

Durch Bescheid vom 3.6.1992 setzte das Finanzamt die von den Eheleuten geschuldete Einkommensteuer auf 70.774 DM fest und ordnete mit Rücksicht auf die bereits gezahlten und durch Lohnabzug einbehaltenen Beträge eine Steuererstattung von 14.982,49 DM an. Der Betrag wurde auf das in der Steuererklärung angegebene Konto des Ehemanns überwiesen. Der Ehemann der Klägerin und sein Unternehmen gerieten in Vermögensverfall. Die Klägerin vermochte den gegen den Ehemann erhobenen Anspruch auf Auszahlung des vom Finanzamt erstatteten Betrages nicht durchzusetzen.



Sie nimmt nunmehr den Beklagten auf Schadenersatz in Anspruch und erhebt den Vorwurf, der Beklagte hätte sie angesichts der zwischen den Eheleuten bestehenden – auch finanziellen – Differenzen und des sich abzeichnenden wirtschaftlichen Niedergangs des Ehemanns auf die Möglichkeit einer getrennten Veranlagung der Eheleute hinweisen müssen. Wie das Rechenbeispiel im Schriftsatz des Beklagten vom 23.3.1995 zeige, hätte sie dann für das Jahr 1990 überhaupt keine Steuern zahlen müssen. Die im Bescheid vom 3.6.1992 aufgeführten Lohnsteuerabzüge wären in voller Höhe an sie zurückgefließen. Sie sei daher in Höhe eines Betrages von 15.643 DM geschädigt. Ein weiteres Versäumnis erblickt die Klägerin darin, daß der Beklagte es unterlassen habe, dafür Sorge zu tragen, daß das Finanzamt den Erstattungsbetrag auf ihr Konto überwiesen hätte.

II. Schadenersatzansprüche stehen der Klägerin, wie das Landgericht zutreffend entschieden hat, aufgrund ihres Sachvortrags nicht zu.

**1. Eine Verpflichtung des Beklagten, der Klägerin und ihrem Ehemann zu einer getrennten Veranlagung zu raten, hat nicht bestanden.** Aufgrund der gemeinsamen Steuererklärung hat das Finanzamt die Einkommensteuerschuld der Eheleute für den Veranlagungszeitraum 1990 auf 70.774 DM festgesetzt. Eine getrennte Veranlagung hätte dagegen – bei Steuerfreiheit der Klägerin infolge der Verluste aus Vermietung und Verpachtung – zu einer steuerlichen Belastung des Ehemanns von 116.422 DM geführt.

**Aus der Verpflichtung zur ehelichen Lebensgemeinschaft ergab sich für die Klägerin das Gebot, einer Zusammenveranlagung mit ihrem Ehemann zuzustimmen. Die Verpflichtung zur gemeinsamen Veranlagung endet erst dann, wenn die Steuervorteile bei dem anderen Ehegatten (hier: Ehemann der Klägerin), die Nachteile dagegen bei dem Zustimmenden (Klägerin) gelegen hätten und der durch die Zusammenveranlagung Begünstigte sich geweigert hätte, die Vorteile auszugleichen** (*Palandt/Diederichsen*, § 1353 BGB, Rdn. 11). Ob im Zeitpunkt der Abgabe der Steuererklärung für den Beklagten vorauszu- sehen war, daß der Ehemann den der Klägerin

zustehenden Anteil an der Steuererstattung verweigern würde, ist nicht festzustellen.

**2. Der Beklagte war auch nicht verpflichtet, die Klägerin auf die Möglichkeit hinzuweisen, den Steuererstattungsbetrag auf ein anderes Konto, über das der Ehemann nicht verfügen konnte, überweisen zu lassen. Der Beklagte lief überdies Gefahr, mit einer derartigen Beratung die Grenze zur unerlaubten Rechtsberatung zu überschreiten. Denn Fragen der vermögensmäßigen Auseinandersetzung der Eheleute waren nicht untrennbar mit der steuerlichen Beratung verbunden.**

Die Frage, ob der Klägerin die Steuerrückzahlung in vollem Umfang oder nur teilweise oder gar nicht zustand, war erst nach Klärung unterhalts- und güterrechtlicher Fragen zu beantworten. Die Einkommensverhältnisse der Eheleute waren dadurch geprägt, daß dem Ehemann zu versteuernde Einkünfte aus Gewerbebetrieb und aus nicht selbständiger Arbeit in einer Höhe von 262.788 DM zufließen. Die Klägerin erzielte dagegen bei Einkünften aus nicht selbständiger Arbeit in Höhe von 72.124 DM, denen Verluste aus Vermietung und Verpachtung in Höhe von 84.937 DM entgegenstanden, kein zu versteuerndes Einkommen. **Die so geprägten Einkommensverhältnisse der Eheleute legen die Annahme nahe, daß die Klägerin zum Familienunterhalt kaum beigetragen hat. Von daher gesehen versteht es sich nicht von selbst, daß der vom Finanzamt erstattete Betrag der Klägerin zugestanden haben soll.**

Im übrigen hat die Klägerin einen Schaden in Höhe von 15.643 DM nicht schlüssig dargetan. Richtig ist lediglich, daß in dieser Höhe Abzüge vom Arbeitslohn der Klägerin einbehalten und an das Finanzamt abgeführt wurden. Aber auch vom Arbeitslohn des Klägers wurden Steuern in Höhe von 12.626 DM abgezogen. Weiterhin hat der Ehemann 55.933 DM als Vorauszahlung auf die Einkommensteuerschuld für das Jahr 1990 geleistet. **Eine Steuerrückerstattung steht bei Zusammenveranlagung demjenigen Ehegatten zu, der die Steuer im Laufe des Veranlagungszeitraums entrichtet hat; dies gilt unter Umständen auch dann, wenn eine Rückerstattung nur deshalb erfolgt, weil der andere Ehegatte Verluste aus selbständiger**

**Tätigkeit einbrachte, die erst zur Erstattung führten** (OLG Karlsruhe, FamRZ 1991, 191).

Die Ansicht der Klägerin, nur die von ihr entrichtete Lohnsteuer habe zur Steuererstattung geführt, ist nicht richtig. Ursächlich für die Erstattung waren auch die Vorauszahlungen und die Lohnsteuerabzüge beim Ehemann. **Die Klägerin konnte nicht verlangen, von ihrem Ehemann so gestellt zu werden, wie es ihrer steuerlichen Belastung bei getrennter Veranlagung entsprochen hätte** (OLG Düsseldorf, FamRZ 1994, 70). **Vielmehr ist eine Aufteilung des Rückerstattungsanspruchs entsprechend dem Verhältnis der Lohnsteuerbeträge, die im Veranlagungszeitraum einbehalten wurden, zu befürworten.** Dieser Aufteilungsmaßstab gilt auch für den familienrechtlichen Ausgleichsanspruch (OLG Düsseldorf, a.a.O., unter Hinweis auf die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs): Denn dieser Maßstab berücksichtigt angemessen die Tatsache, daß der geringer verdienende Ehegatte seinerseits durch die Anwendung des Splittingtarifs schlechter gestellt wird, andererseits aber auch in den Genuß von Steuerentlastungen kommt, die häufig nur auf seiten des besser verdienenden Ehegatten entstanden sind.

Die Klägerin muß im Streitfall berücksichtigen, daß sie als Einzelperson bei einem Bruttoarbeitslohn von 72.124 DM keine negativen Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung in einer Größenordnung von 84.934 DM hätte verkräften können. Der steuerliche Entlastungseffekt der negativen Einkünfte der Klägerin wirkte sich nur in Verbindung mit der hohen steuerlichen Belastung des Ehemanns aufgrund seines überdurchschnittlichen Einkommens aus. Diese Ausführungen zeigen, daß der Klägerin allenfalls ein wesentlich geringerer Ausgleichsanspruch zugestanden hat.

Die Eheleute haben für das **Steuerjahr 1990 durch Vorauszahlung/Lohnabzug insgesamt** (12.626 DM + 15.643 DM + 55.933 DM  $\Rightarrow$ ) **84.202 DM an Steuern gezahlt. Davon entfielen auf die Klägerin 15.643 DM = 18,58 %.** Auf diesen Anteil hätte sich der Ausgleichsanspruch der Klägerin beschränkt. Es war indessen nicht Aufgabe des Beklagten, die Rechtsprechung der Familiengerichte zum Ausgleichsanspruch unter Ehegatten auszuwerten und die Klägerin

entsprechend zu beraten. Eine derartige Rechtsberatung ist dem Steuerberater nicht gestattet.

## Wirtschaftsprüferhaftung

- Prüfungsumfang
  - Unterschlagungen
  - Plausibilitätsprüfungen
  - Darlegungs- und Beweislast
- (OLG Düsseldorf, Ur. v. 27.6.1996 – 5 U 11/96)

### Leitsätze (d. Red.):

**1. Gegenstand und Umfang der Prüfung regelt § 317 HGB. Der Jahresabschluß, bestehend aus Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung, die Buchführung einschließlich des Inventars und der Geschäftsbericht sind einer Gesetzes-, Satzungs- und Ordnungsmäßigkeitsprüfung zu unterziehen.**

**2. Kreditwürdigkeits-, Organisations-, Steuer-, Rentabilitätsprüfungen und die Prüfung der Geschäftsführung auf kaufmännische Vernünftigkeit unterliegen nicht der Jahresabschlußprüfung. Der Abschlußprüfer ist nicht verpflichtet, eine gezielte Prüfung auf Unterschlagungen vorzunehmen, wenn sich keine besonderen Anhaltspunkte hierfür ergeben. Plausibilitätskontrollen gehören zur Abschlußprüfung.**

**3. Der Verstoß gegen Standesrichtlinien begründet keine Pflichtverletzung i.S.d. § 323 HGB. Ein Wirtschaftsprüfer handelt sittenwidrig i.S.d. § 826 BGB, wenn ihm leichtfertiges und gewissenloses Handeln nachgewiesen werden kann. Dies ist gegeben, wenn er sich gewissenlos über erkannte Bedenken hinwegsetzt, bei Fragen von erheblicher Bedeutung auf eine notwendige Prüfung bewußt verzichtet und prüffähige Angaben und Unterlagen ungeprüft übernimmt.**



### **Zum Sachverhalt:**

Der Kläger ist Wirtschaftsprüfer und Steuerberater. Mit seiner Klage macht er Honoraransprüche gegen die Beklagte geltend, die ihrerseits im Wege der Aufrechnung bzw. Hilfswiderklage und Widerklage Schadenersatz aus eigenem und aus abgetretenem Recht der M.-AG begehrt.

Der Kläger prüfte für die Beklagte noch vor deren Umwandlung in eine GmbH die Jahresabschlüsse 1990 und 1991. Die Prüfungen des Abschlusses 1990 begannen am 11.9.1991. Die formelle Bestellung des Klägers als Abschlußprüfer durch die Hauptversammlung der S.-AG erfolgte mit Beschluß vom 14.10.1991. Das Testat des Klägers für den Abschluß 1990 stammt vom 4.11.1991.

Zuvor war der zunächst tätigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, der W. Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungs-GmbH, während der laufenden Prüfung das Mandat entzogen worden. Diese Gesellschaft hatte unter dem 17.9.1991 einen unvollständigen Prüfbericht erstattet, den Bestätigungsvermerk jedoch wegen mehrerer Einwendungen versagt. Der Kläger prüfte im folgenden auch den Jahresabschluß 1991. Eine Innenrevision der M.-AG, die im Laufe des Jahres 1992 nach und nach sämtliche Anteile der Beklagten erworben hat, ergab Anhaltspunkte für langjährige Unterschlagungs- und Untreuehandlungen des früheren Vorstandsmitglieds der Beklagten, H.L., gegen den inzwischen ein Ermittlungsverfahren bei der Staatsanwaltschaft S. anhängig ist. Die B. -Treuhandgesellschaft mbH, die mit der Prüfung des Jahresabschlusses 1992 beauftragt war, führte eine besondere Unterschlagungsprüfung durch, die zur Aufdeckung der Manipulationen im einzelnen führte. Wegen der im nachhinein aufgedeckten Bilanzfälschungen sind die vom Kläger geprüften Jahresabschlüsse 1990 und 1991 nichtig gemäß § 256 Abs. 5 AktG.

Mit seiner Klage macht der Kläger Honoraransprüche aus seinen drei Rechnungen v. 8.6.1993 und aus seiner Rechnung v. 14.6.1993 geltend. Die Berechtigung des Anspruchs ist zwischen den Parteien streitig.

Hilfsweise rechnet der Beklagte mit Schadenersatzansprüchen wegen der vermeintlich feh-

lerhaften Abschlußprüfungen 1990 und 1991 durch den Kläger auf.

Der Kläger hat, nachdem er die Klage teilweise zurückgenommen hat, beantragt, ...

Die Beklagte hat beantragt, ... Für den Fall, daß die hilfsweise geltend gemachte Aufrechnung mit Schadenersatzansprüchen aufgrund der allgemeinen Geschäftsbedingungen des Klägers ausgeschlossen sein sollte, hat sie im Wege der Hilfswiderklage, die sie nach der teilweisen Klagerücknahme ebenfalls reduziert hat, beantragt, ... Widerklagend hat sie beantragt, ...

Zur Widerklage hat sie vorgetragen, der Kläger habe grob pflichtwidrig keine ausreichende Prüfung der Jahresabschlüsse 1990 und 1991 vorgenommen. Er hätte wissen müssen, daß vor ihm bereits ein anderer Prüfer tätig gewesen sei und sich mit diesem in Verbindung setzen müssen. Außerdem sei die Prüfungszeit zu kurz gewesen, zumal es sich um eine Erstprüfung gehandelt habe. Auch sei sein Prüfungsteam zu klein und nicht ausreichend qualifiziert gewesen. Er habe in leichtfertiger und grober Weise gegen seine Pflichten verstoßen und besonders nachlässig gearbeitet. Der Schaden liege im Mehraufwand für die Nachprüfungen durch die B.T. in Höhe von 142.810 DM. Ferner steht ihr ein Rückzahlungsanspruch hinsichtlich der an den Kläger gezahlten Honorare zu, da die Arbeiten des Klägers vollkommen wertlos seien. Hierbei handele es sich um folgende Beträge:

Jahresabschluß 1990	217.807,49 DM
Konzernabschluß 1990	79.199,90 DM
Jahresabschluß 1991	445.305,53 DM.

Schließlich hafte der Kläger gegenüber der M.-AG, die ihr, der Beklagten, diese Ansprüche abgetreten habe. Die M.-AG habe sich beim Kauf der Beklagten auf die vom Kläger erstellten Testate verlassen und deshalb einen wesentlich zu hohen Kaufpreis gezahlt, der mit mindestens 3 Millionen DM anzusetzen sei. Sie begrenze diesen Schaden auf einen Teilbetrag von 596.232,13 DM.

Der Kläger hat beantragt, ... Der Kläger hat vorgetragen, er sei für Manipulationen der ihm zur Prüfung vorgelegten Jahresabschlüsse 1990 und 1991 nicht verantwortlich. Er habe die Bilanzfälschungen auch nicht erkennen können.

Dies sei nur durch eine spezielle Unterschlagungs-sonderprüfung möglich gewesen. Er sei nicht zu einer gezielten Überprüfung auf strafbare Handlungen verpflichtet gewesen.

Im übrigen hat er die Einrede der Verjährung erhoben. Was den geltend gemachten Mehraufwand betreffe, so sei dieser allein durch die Unterschlagungs-sonderprüfung entstanden.

Das Landgericht hat die Widerklage mit Teilurteil vom 20.9.1995 abgewiesen. Zur Begründung hat es ausgeführt, es sei schon fraglich, ob dem Kläger eine Pflichtverletzung i.S.d. § 323 HGB vorzuwerfen sei. Gegenstand seiner Prüfung sei die Rechnungslegung des Vorstands auf sachliche Richtigkeit, Ordnungsmäßigkeit und Gesetzlichkeit gewesen. Er sei nicht verpflichtet gewesen, sämtliche Geschäftsvorfälle zum Gegenstand seiner Untersuchung zu machen. Die Beklagte habe die massiven Manipulationen selbst erst später in einer betriebsinternen Revision und in einer gesonderten Unterschlagungsprüfung aufgedeckt.

Der Abschlußprüfer habe regelmäßig keine Vollprüfung vorzunehmen. Unterschlagungen habe er nur bei besonderen Verdachtsmomenten aufzudecken. Zudem hätten dem Kläger die Vollständigkeitserklärungen der Vorstandsmitglieder L. und S. vorgelegen. Der Kläger hätte durch den plötzlichen Rücktritt des Aufsichtsratsvorsitzenden nicht alarmiert sein müssen, da ein solcher Rücktritt viele Gründe haben könne und nicht auf möglichen Problemen mit dem Jahresabschluß beruhen müsse. Allein aus der kurzen Zeitspanne, die für die Prüfung zur Verfügung gestanden habe, ergebe sich noch nicht, daß die Prüfung nur unzureichend durchgeführt worden sei, zumal er auf umfangreiche Vorarbeiten seiner Vorgängerin habe zurückgreifen können.

Für Schadenersatzansprüche gemäß § 323 HGB fehle es aber jedenfalls am erforderlichen Kausalzusammenhang zwischen Pflichtverletzung des Klägers und behaupteten Schäden der Beklagten. Zur Zahlung des Honorars des Klägers wäre die Beklagte auch bei Nichterteilung des Abschlußvermerks verpflichtet gewesen. Es handele sich nicht um ein Erfolgshonorar, sondern um die Entlohnung der Durchführung der Prüfung. Die Leistung des

Klägers sei auch nach dem Vortrag der Beklagten nicht völlig unbrauchbar gewesen. Der geltend gemachte Prüfungsmehraufwand resultiere nicht aus einer möglichen fehlerhaften Prüfung des Klägers, sondern aus den vorangegangenen Manipulationen.

Der Schaden der Firma M. sei nicht gemäß § 323 HGB zu ersetzen, da es sich nicht um ein verbundenes Unternehmen handle. Der nachträgliche Erwerb der Aktienmehrheit führe nicht zum Erwerb der Ansprüche gegen den Abschlußprüfer. Eine Haftung käme allenfalls aus § 326 BGB in Betracht, aber ein solcher Anspruch sei nicht gegeben, weil es bereits am notwendigen Vorsatz fehle. Jedenfalls aber seien die behaupteten Schäden nicht durch das Verhalten des Klägers entstanden. Bezüglich der abgetretenen Ansprüche der Firma M. sei ein Schaden nicht substantiiert dargelegt. Der Kläger habe bei Prüfung der Abschlüsse nicht erkennen können, daß diese als Grundlage für einen Aktienverkauf dienen sollten.

Gegen dieses Urteil richtet sich die form- und fristgerecht eingelegte Berufung der Beklagten. Zur Begründung wiederholt und vertieft sie ihr erstinstanzliches Vorbringen. Sie meint, daß bei einer Gesamtbetrachtung der entscheidenden Einzelaspekte der Vorwurf eines pflichtwidrigen und darüber hinaus auch leichtfertigen und gewissenlosen Handelns sehr wohl gerechtfertigt sei. Hierbei handle es sich um folgende Punkte: Nichtige Abschlüsse 1990 und 1991, Rücktritt des Aufsichtsratsvorsitzenden in zeitlicher Nähe zum Wechsel des Abschlußprüfers, zu kurzer Prüfungszeitraum bei nicht ausreichend leistungsfähigem Team, nur retrospektive Vorratsprüfung, keine Stichprobenprüfung der Inventur, unzureichende Plausibilitätskontrollen, unzureichende Kontrolle der Scheck- und Bankverbindlichkeiten, fehlende Kontaktaufnahme mit dem Vorprüfer.

Die Beklagte beantragt, ...

Der Kläger beantragt, ...

Der Kläger meint, die Beklagte habe nach wie vor nicht substantiiert vorgetragen, welchen Problemen er – der Kläger – pflichtwidrig nicht nachgegangen sei. Allein der Umstand, daß die Abschlüsse 1990 und 1991 nichtig seien, besage nichts für eine fehlerhafte Prüfung sei-

nerseits. Auch habe ihm ausreichend Zeit und ein leistungsfähiges Team zur Verfügung gestanden. Außerdem habe er auf Vorarbeiten des Vorprüfers zurückgreifen können. Eine weitergehende Kontaktaufnahme mit diesem sei nicht möglich gewesen, da insoweit keine Zustimmung der Beklagten vorgelegen habe. Letztlich hätte das auch zu keinem anderen Ergebnis geführt, da die W.-GmbH jahrelang die Manipulationen nicht erkannt habe. Auch die übrigen Vorwürfe seien nicht haltbar.

Wegen des Vorbringens der Parteien im übrigen wird Bezug genommen auf die Schriftsätze nebst Anlagen.

### **Aus den Gründen:**

Die Berufung der Beklagten ist zulässig, hat in der Sache aber keinen Erfolg.

Der Beklagten stehen weder aus eigenem noch aus abgetretenem Recht der M.-AG Schadenersatzansprüche gegen den Kläger zu.

I. Ein Anspruch der Beklagten gegen den Kläger wegen fehlerhafter Tätigkeit als Abschlußprüfer gemäß § 323 Abs. 1 Satz 3 HGB besteht nicht.

1. Hierzu fehlt es bereits an einer Pflichtverletzung des Klägers i.S.d. § 323 Abs. 1 HGB. Nach dieser Vorschrift sind der Abschlußprüfer und seine Gehilfen zur gewissenhaften und unparteiischen Prüfung und zur Verschwiegenheit verpflichtet. **Gegenstand und Umfang der Prüfung regelt § 317 HGB. Danach hat der Abschlußprüfer eine Gesetzes-, Satzungs- und Ordnungsmäßigkeitsprüfung vorzunehmen.** Gegenstand der Prüfung sind der Jahresabschluß, bestehend aus Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung, die Buchführung einschließlich des Inventars und der Geschäftsbericht (Geßler / Hefermehl / Eckardt / Kropff, AktG, Band III 1973, § 162 Rdn. 10).

**Dagegen ist die Abschlußprüfung keine Kreditwürdigkeits-, Organisations-, Steuer-, Rentabilitätsprüfung und Prüfung der Geschäftsführung auf kaufmännische Vernünftigkeit** (Adler/Dühring/Schmaltz, HGB 5. Aufl., § 317 Rdn. 13); d.h., **der Abschlußprüfer hat nicht die Aufgabe die Lage der Gesellschaft**

**zu prüfen. Seine Prüfung erstreckt sich vielmehr auf den Jahresabschluß und den Geschäftsbericht, den der Vorstand erstellt hat; d.h., er muß dessen Darstellung und Rechnungslegung auf ihre sachliche Richtigkeit, Ordnungsmäßigkeit und Gesetzlichkeit überprüfen** (OLG Karlsruhe, WM 1985, 940, 942). Selbst wenn der Prüfer Bedenken gegen die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft hat, kann er deswegen nicht ohne weiteres den Bestätigungsvermerk versagen oder einschränken. Eine solche Einschränkung oder Versagung kommt nur dann in Betracht, wenn der Geschäftsbericht offensichtlich eine falsche Darstellung von den Verhältnissen der Gesellschaft erweckt, die geeignet ist, das durch den Jahresabschluß vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft zu verfälschen.

Im vorliegenden Fall wirft die Beklagte dem Kläger vor, massive Manipulationen eines ehemaligen Vorstandsmitglieds nicht aufgedeckt zu haben. **Grundsätzlich gehört auch die Aufdeckung von Unterschlagungen zum Funktionsbereich der Abschlußprüfung.** Die Gesellschaft hat einen Anspruch gegen den Täter auf Ersatz des durch die Unterschlagung entstandenen Schaden, der zu aktivieren und mindestens als Erinnerungsposten zu bewerten ist, weil sonst der Abschluß unvollständig wäre (Geßler/Hefermehl/Eckardt/Kropff, a.a.O., § 162 Rdn. 22). **Aber der Abschlußprüfer ist nicht verpflichtet, eine gezielte Prüfung auf Unterschlagungen vorzunehmen, es sei denn, es gibt besondere Anhaltspunkte hierfür.** Das bedeutet, daß der Abschlußprüfer die Nichtaufdeckung von Unterschlagungen nur zu vertreten hat, wenn er sie bei ordnungsgemäßer Durchführung der Abschlußprüfung mit deren Methoden hätte feststellen müssen (Geßler/Hefermehl/Eckardt/Kropff, a.a.O., § 162 Rdn. 23).

In dem durch Zielsetzung, Zeit und Kosten vorgegebenen Rahmen einer Pflichtprüfung ist es nicht möglich, umfassend zu prüfen, ob Unterschlagungen vorgekommen sind. Dafür ist eine besondere Unterschlagungsprüfung – wie sie später auch bei der Beklagten durchgeführt worden ist – vorgesehen. Die Beklagte hat nicht substantiiert vorgetragen, aus welchen Umständen der Kläger im einzelnen hätte Rückschlüsse

auf mögliche Unterschlagungen ziehen müssen. Die von der Beklagten als sogenannte „rote Alarmlampen“ bezeichneten Indizien gaben dem Kläger jedenfalls – auch nicht in ihrer Gesamtschau – keinen Anlaß, seine Prüfung gezielt auf die Aufdeckung von Unterschlagungen zu richten.

Zu den einzelnen von der Beklagten in ihrer Berufungsbegründung nochmals aufgegriffenen Indizien ist folgendes zu sagen:

a) Die Tatsache, daß die vom Kläger geprüften Abschlüsse 1990 und 1991 nichtig i. S. v. § 256 Abs. 5 AktG sind, besagt nichts für eine fehlerhafte Prüfung seitens des Klägers. **Die Nichtigkeit der Abschlüsse beruht nicht auf Fehlern des Klägers, sondern auf der nachträglichen Aufdeckung von Unterschlagungen.** Der frühere Geschäftsführer L. hatte seit 1984 raffinierte Fälschungen der Bilanzen vorgenommen, die auch in den Jahren zuvor nicht aufgefallen waren, als die W.-GmbH jeweils die Abschlüsse geprüft hatte. **Aufgedeckt worden sind die Unterschlagungen mehr zufällig durch eine Innenrevision der M.-AG nach Übernahme der Aktienmehrheit der Beklagten und die daraufhin eingeleitete spezielle Unterschlagungsprüfung.** Daß der Kläger nach Aufdeckung der Unterschlagungen die Empfehlung gab, seine Testate nicht mehr zu verwenden, kann nur als selbstverständlich angesehen werden. Es bedeutet aber kein Eingeständnis eigener Versäumnisse.

Der Kläger durfte darauf vertrauen, daß ihm seitens des Vorstands und der verantwortlichen Mitarbeiter der Beklagten alle notwendigen Unterlagen zur Verfügung gestellt worden waren. Insoweit lag dem Kläger eine Vollständigkeitserklärung der Vorstandsmitglieder L. und S. über die Vollständigkeit ihrer Buchführung und Abschlusserstellung vor. Eine solche Erklärung ersetzt zwar nicht die eigene Prüfungshandlung des Prüfers. Sie ist aber die Versicherung, daß alle verlangten Auskünfte und Nachweise erbracht wurden und ist somit Teil des Nachweises der Prüfungshandlungen.

Rückschlüsse auf mögliche Fehler des Klägers können auch nicht aus dem Vergleich der vom Kläger ermittelten Zahlen – ca. 2,25 Millionen DM Überschuß in 1990 – und den später rich-

tiggestellten Zahlen – ca. 81,6 Millionen DM Verlust in 1990 – gezogen werden. Der große Verlust resultiert daraus, daß er den Gesamtverlust seit 1984 umfaßt, weil eine nachträgliche Zuordnung der Verluste zu den einzelnen Jahren nicht mehr möglich war. Der Verlust ist somit nicht nur in 1990 entstanden, was dem Kläger unter Umständen bei der Größenordnung hätte auffallen müssen.

b) Auch der **Rücktritt des Aufsichtsratsvorsitzenden W.** in unmittelbarer zeitlicher Nähe zum Wechsel des Abschlußprüfers mußte dem Kläger keinen Anlaß zu besonderer Vorsicht geben. Wie das Landgericht zutreffend ausgeführt hat, kann ein solcher Rücktritt verschiedene Gründe haben und muß nicht unbedingt auf Problemen mit dem Jahresabschluß beruhen. Zwar kann im Nachhinein hier ein Zusammenhang gesehen werden. Zum Zeitpunkt der Prüfung durch den Kläger ergab sich für diesen aber kein Anlaß zu Nachfragen, zumal er – was die Beklagte nicht bestritten hat – erst Mitte Oktober von dem Rücktritt erfahren hatte, als er bereits seit einem Monat an der Arbeit war.

c) Auch der pauschale Vorwurf der Beklagten, **der Prüfungszeitraum für den Abschluß 1990 sei zu kurz gewesen und der Kläger habe mit einem nicht ausreichend leistungsfähigen Team gearbeitet, begründet keine Fehler seitens des Klägers.** Die Beklagte trägt nichts dazu vor, welche Fehler sie konkret aus diesen Umständen ableiten will. Allein die für eine Prüfung zur Verfügung stehende Zeit kann nicht entscheidend sein, zumal der Kläger auf **umfangreiche Vorarbeiten seiner Vorgängerin**, der W.-GmbH, zurückgreifen konnte. **Es ist anerkannt, daß man sich auf Prüfungsergebnisse von anderen Abschlußprüfern auch ohne Eigenprüfung verlassen darf, wenn keine Anhaltspunkte ersichtlich sind, die auf Fehler der übernommenen Prüfungsergebnisse hindeuten** (Heymann, HGB 1. Aufl. 1989, § 317 Rdn. 4; Baumbach/Hopt, HGB 29. Aufl., § 317 Rdn. 2).

Solche Anhaltspunkte waren vorliegend nicht ersichtlich. Die ausdrücklich von der W.-GmbH erwähnten Einwendungen machten die Prüfungsergebnisse im übrigen nicht unbrauchbar. Darüber hinaus war die Zeit auch ausreichend, da nur die S.-AG geprüft werden mußte, die

Konzernbilanz hingegen erst später geprüft wurde. Warum das Team des Klägers, das die Prüfung vorgenommen hat, nicht leistungsfähig gewesen sein soll, hat die Beklagte ebenfalls nicht näher begründet. Jedenfalls leitet sie auch hieraus keine konkreten Fehler ab. Zwar ist der Beklagten Recht zu geben, daß **während der Prüfung die alte EDV-Anlage defekt** war, unstreitig war aber bereits eine neue Anlage angeschafft und die wesentlichen Daten – so die Positionen „Vorräte“ und „Debitoren“ – übertragen worden, wie sich aus den vorgelegten Anlagen ergibt.

d) Daß der Kläger eine retrospektive Vorratsprüfung wie im Schriftsatz vom 30.11.1994 vorgebracht, durchgeführt hat, bestreitet die Beklagte nicht mehr; hält diese Prüfung allerdings für unzureichend, ohne mit einem Wort zu erwähnen, aus welchen Gründen. Soweit die Beklagte dem Kläger vorwirft, eine Stichprobenprüfung der Inventur unterlassen zu haben, kann sie auch damit nicht gehört werden. Während die Inventurkontrolle 1990 noch der Vorgängerin des Klägers oblag, wurden die Inventuraufnahmen 1991 in Gegenwart und unter Kontrolle der Mitarbeiter des Klägers gemacht. Dem Kläger lägen auch für 1990 Inventurlisten und entsprechende Aufzeichnungen vor und waren Gegenstand der Prüfung.

e) Letztlich können dem Kläger auch nicht unzureichende **Plausibilitätskontrollen** vorgeworfen werden. Bei den Plausibilitätsbeurteilungen handelt es sich um **indirekte Prüfungshandlungen, bei denen nicht Einzelsachverhalte, sondern Gruppenergebnisse, d. h. verdichtete Jahresabschlußinformationen, untersucht werden**. Diese Größen werden mit anderen prüfungsrelevanten Informationen verglichen, um festzustellen, ob die verschiedenen Posten in einer wirtschaftlich erklärbaren Relation zueinander stehen (*Adler/Dühring/Schmaltz, Rechnungslegung und Prüfung des Unternehmens 5. Aufl., § 317 HGB Rdn. 142*).

Plausibilitätsbeurteilungen können während der eigentlichen Abschlußprüfung als ergebnisorientierte Prüfungshandlungen eingesetzt werden. Fällt eine Plausibilitätsanalyse positiv aus, d. h., existieren keine oder nur plausible Abweichungen, so verringert sich der erforderliche Stichprobenumfang der Einzelfallprüfungen

(a. a. O., Rdn. 143). Zum Ende der Abschlußprüfung dienen Plausibilitätsbeurteilungen dem Abschlußprüfer zur abschließenden kritischen Durchsicht des Jahresabschlusses. Die Ergebnisse der Plausibilitätsbeurteilung können dabei das Prüfungsergebnis stützen, sie können unter Umständen aber auch Prüffelder aufdecken, die einer weiteren Untersuchung bedürfen.

Was die von der Beklagten gerügten, zu klärenden Positionen von 9,5 Millionen DM betrifft, so handelt es sich hierbei um einen Bereich der Debitoren, der stichprobenartig vom Kläger überprüft werden sollte, und nicht etwa um offene Fragen. Bei einer solchen **Debitorenprüfung** werden Kundenforderungen aus den Saldenlisten oder Konten in die Arbeitspapiere übertragen und dann im Rahmen von Prüfungshandlungen und Befragungen der Sachbearbeiter überprüft.

Soweit die Beklagte beispielhaft rügt, die **Relation „Forderungsbestand zum Jahresumsatz“** (in 1991 26 %) sei nicht plausibel gewesen, hat der Kläger dies durch Vorlage der Zahlen von 1990 widerlegt, wonach dort die Relation auch schon 22,4 % betrug, so daß das Ergebnis 1991 nicht als untypisch bezeichnet werden kann. Im Rahmen seiner Prüfung ist dem Kläger als Grund für den **Anstieg der Außenstandsdauer** die schlechtere Zahlungsmoral der Kunden genannt worden, was in Zeiten der Rezession durchaus nachvollziehbar ist.

f) Auch der Vorwurf der unzureichenden **Kontrolle der Scheck- und Bankverbindlichkeiten** greift nicht. In den Bilanzen 1990 und 1991 gibt es keine Scheckverbindlichkeiten. Soweit die Beklagte sich hier auf vom Vorstand unterschlagene nicht verbuchte Bankschulden bezieht, konnten diese vom Kläger – weil aus den schon dargelegten Gründen nicht erkennbar – auch nicht geprüft werden. Daß in der Buchhaltung der Beklagten enthaltene Bankverbindlichkeiten geprüft und in dem testierten Jahresabschluß dargelegt wurden, ergibt sich aus der vorgelegten Anlage. Auch die von der Beklagten genannten Wechselverbindlichkeiten in Höhe von 22.783.750,76 DM sind in dieser Höhe in der Bilanz ausgewiesen. Was die an die Kreissparkasse G. und an die Stadt- und Kreissparkasse L. weitergegebenen Wechsel betrifft, so löste dieser Verkauf keine Bankverbindlich-

keit, sondern eine Verbindlichkeit aus der Annahme gezogener oder Ausstellung eigener Wechsel aus, was ebenfalls richtig bilanziert worden ist.

Letztlich waren dem Kläger auch die Verbindungen der Beklagten zu der S., Z. und der B.P. bekannt. Bei Letzterer lief der Kredit allerdings schon am 28.12.1990 aus, so daß von bestehenden Schulden am 31.12.1991 nicht ausgegangen werden mußte. Das von der S. gewährte Darlehen ging Mitte 1991 auf den damaligen Alleinaktionär, Herrn S., über, der auch entsprechend zur Rückzahlung verklagt wurde. Ein Rückgriffisiko auf die Beklagte war nach den Angaben des Vorstandes nicht relevant. Dem Kläger kann jedenfalls nicht der Vorwurf gemacht werden, ihm seien diese Vorgänge nicht bekannt gewesen.

g) Auch aus der – unstreitig – fehlenden Kontaktaufnahme zu seiner Vorgängerin, der W.-GmbH, kann ein solcher Vorwurf nicht hergeleitet werden. **Zwar besteht grundsätzlich die Pflicht, eine Abstimmung mit dem Vorgänger vorzunehmen, wenn während der laufenden Prüfung das Mandat entzogen wurde.** Hierzu hätte die Beklagte aber die Vorprüfer von ihrer **Verschwiegenheitspflicht** entbinden müssen. Der Kläger hat bereits in erster Instanz vorgebracht, der Vorstand der Beklagten hätte ihn nicht ermächtigt, die W.-GmbH zu konsultieren. Die Beklagte hat sich seinerzeit auf den Standpunkt gestellt, die Kontaktaufnahme mit der Vorgängerin des Klägers falle gar nicht unter die Verschwiegenheitspflicht, während sie im Berufungsverfahren den Kläger einerseits aufgefordert hat, mitzuteilen, wer die Entbindung von der Schweigepflicht abgelehnt habe, andererseits aber wesentlich darauf abstellt, daß der Kläger bei untersagter Kontaktaufnahme im Hinblick auf die Standesrichtlinien für Wirtschaftsprüfer das Mandat hätte ablehnen müssen.

Zum Vortrag des Klägers, der Vorstand der Beklagten selbst habe seinerzeit die Kontaktaufnahme mit der W.-GmbH untersagt, nimmt sie keine Stellung. Aus dem Gesamtzusammenhang heraus ist dieser Vortrag jedoch nachvollziehbar. **Vorstandsvorsitzender war seinerzeit Herr L., der nur daran interessiert war, seine strafbaren Handlungen weiter zu vertuschen, was letztendlich auch zur Kündi-**

#### **gung des Mandats der W.-GmbH geführt hat.**

Bei einer Kontaktaufnahme zwischen dem Kläger und der W.-GmbH bestand die Gefahr einer Aufdeckung der Unterschlagungen, was Herr L. gerade verhindern wollte. Zwar ist der Beklagten recht zu geben, daß die Standesrichtlinien für Wirtschaftsprüfer empfehlen, das Mandat nicht anzunehmen, wenn der Kontakt mit dem Vorgänger verweigert wird. Hierbei handelt es sich aber – wie gesagt – um Richtlinien, nicht um zwingendes Recht, so daß ein Verstoß letztlich keine Pflichtverletzung i.S.d. § 323 HGB begründet. Im übrigen hat die Beklagte selbst den Kläger sehr gedrängt, das Mandat anzunehmen, so daß sie aus der Nichtbeachtung von Standesrichtlinien jetzt keine Ansprüche zu ihren Gunsten herleiten kann.

Letztlich gab es auch Unstimmigkeiten zwischen der Beklagten und der W.-GmbH wegen des Mandatsentzugs, was u.a. dazu führte, daß die W.-GmbH nicht bereit war, Prüfungspapiere oder ein eventuell schon vorhandenes Berichtskonzept – es waren, wie oben dargelegt, die überwiegenden Prüfungen schon durchgeführt – zur Verfügung zu stellen. Dieser Umstand, der der Beklagten offensichtlich bekannt war, war auch mit den vom Kläger im Schreiben vom 27.11.1991 erwähnten „bekannten Gründen“ gemeint.

Eine Interpretation der Beklagten dahingehend, dem Kläger seien zu diesem Zeitpunkt bereits die Unterschlagungen bekannt gewesen, ist abwegig, da diese unstreitig erst später durch die M.-AG aufgedeckt wurden. Von daher hätte auch die Kontaktaufnahme des Klägers mit der W.-GmbH zu keinem anderen Prüfungsergebnis geführt, weil dieser die Unterschlagungen in den Jahren ihrer Prüfung nicht aufgefallen waren.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, daß es bereits an einer Pflichtverletzung seitens des Klägers fehlt. Auch aus einer Gesamtschau der vom Beklagten vorgetragenen Indizien ergibt sich nichts anderes, da es jeweils an konkreten Vorwürfen seitens der Beklagten fehlt. Deren Vorbringen läuft im Ergebnis darauf hinaus, daß der Kläger die Unterschlagungen hätte aufdecken müssen, ohne daß vorgetragen wird, aus welchen Umständen genau dies erkennbar gewesen wäre.



2. Vom Kläger ist schon allein deswegen kein Schadenersatz zu leisten, weil keine Pflichtverletzung seinerseits festgestellt werden konnte. Aber selbst eine solche unterstellt, beruhen die geltend gemachten Schadenersatzforderungen nicht auf dieser behaupteten Pflichtverletzung, wie das Landgericht zutreffend festgestellt hat.

Eine Rückforderung von an den Kläger gezahlten Honoraren kommt schon deswegen nicht in Betracht, weil der Kläger unstreitig Dienste geleistet hat, die ihm zu vergüten sind. Auch der Beklagte hat nicht vorgetragen, daß die Leistungen des Klägers völlig unbrauchbar waren und daß deswegen ausnahmsweise die Rückzahlung des gesamten Honorars verlangt werden könnte. Was den geltend gemachten Mehraufwand betrifft, so sind dies ausweislich der Rechnung der B. Treuhandgesellschaft vom 14.10.1994 Kosten für die Unterschlagungsprüfung. Diese Kosten beruhen in keinem Fall auf möglichen Fehlern des Klägers. Selbst wenn dieser Anhaltspunkte für Unregelmäßigkeiten gefunden hätte, wäre eine weitergehende Prüfung erforderlich geworden, um die Unterschlagungen im einzelnen aufzudecken.

Mögliche Schadenersatzansprüche der Firma M., die diese an die Beklagte abgetreten hat, sind im Rahmen des § 323 HGB überhaupt nicht zu ersetzen. **Anspruchsberechtigt nach dieser Vorschrift sind nur die zu prüfende Kapitalgesellschaft und ggf. ein ihr verbundenes Unternehmen, wenn bei diesen der Schaden eingetreten ist** (Heymann, HGB 1. Aufl. 1989, § 323 Rdn. 7). Der Umstand, daß die M.-AG zu einem späteren Zeitpunkt die Aktienmehrheit der Beklagten übernommen hat, begründet einen solchen Anspruch nicht. Dritte, die auf ein sorgfaltswidrig erteiltes Testat vertrauen, sind regelmäßig nur in den engen Grenzen des § 826 BGB schadenersatzberechtigt.

II. Ein Anspruch der Beklagten gegen den Kläger aus § 826 BGB wegen vorsätzlicher sittenwidriger Schädigung besteht jedoch ebenfalls nicht.

**Gemäß § 826 BGB ist zum Schadenersatz verpflichtet, wer einem anderen in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise Schaden zufügt.** Zwar kann ein besonders leichtfertiges, gewissenloses Verhalten eines

Wirtschaftsprüfers bei Ausstellung von Bilanztestaten als sittenwidrig zu bezeichnen sein, und, wenn er es selbst erkannt hat, den Schluß auf bedingten Vorsatz zulassen (BGH, WM 1979, 326). Aber ein Wirtschaftsprüfer handelt nur sittenwidrig, wenn ihm im Hinblick auf seine Prüfungshandlungen in solchem Maße **Leichtfertigkeit** nachgewiesen werden kann, daß sie als **Gewissenlosigkeit** zu werten ist (Adler/Dürring/Schmaltz, a.a.O., § 323 HGB Rdn. 88).

**Das kann man z. B. dann annehmen, wenn er sich gewissenlos über erkannte Bedenken hinwegsetzt, bei Fragen von erheblicher Bedeutung auf eine notwendige Prüfung bewußt verzichtet und prüffähige Angaben und Unterlagen ungeprüft übernimmt.** Von einem derartigen Verhalten kann beim Kläger keine Rede sein. Wie schon dargelegt, konnte eine Pflichtverletzung seitens des Klägers nicht festgestellt werden, so daß sich die Prüfung erübrigt, ob dieses Handeln oder Unterlassen ggf. sittenwidrig war.

Darüber hinaus ist auch das Vorbringen zum möglichen Schaden der M.-AG nicht hinreichend substantiiert. Nach dem Vorbringen der Beklagten soll der Schaden darin liegen, daß die M.-AG mindestens 3 Millionen DM zuviel für die Anteile an der Beklagten gezahlt hat. Die Beklagte hat mit keinem Wort dargelegt, wie sich der Betrag von 3 Millionen DM überhaupt errechnet. Aus der Formulierung „mindestens“ ist zu entnehmen, daß man sich über die Größenordnung wohl selbst nicht ganz im klaren ist. Die Beklagte hätte darlegen müssen, wie der Kaufpreis von 40 Millionen DM im einzelnen kalkuliert worden ist.

Im übrigen ist auch nicht nachvollziehbar, wieso die Kaufentscheidung und speziell die Höhe des Kaufpreises allein von den Abschlußprüfungen des Klägers abhängig gewesen sein soll. Zwar kommt dem Bestätigungsvermerk eines Abschlußprüfers im Wirtschaftsleben eine erhebliche Bedeutung zu. Da der Kläger zum Zeitpunkt der Kaufverhandlungen aber nur die Einzelbilanzen der S.-AG, nicht jedoch die Konzernbilanzen geprüft hatte, dürften diese Prüfungen kaum Einfluß auf die Kaufentscheidung gehabt haben. Ein Testat unter der Konzernbilanz 1991 seitens des Klägers gibt es nicht, das Testat unter der Konzernbilanz 1990

stammt vom 24.1.1992, also nach dem Kauf. Außerdem dürften für die Kaufentscheidung auch die Zahlen der vorangegangenen Jahre, die nicht vom Kläger geprüft wurden, von Bedeutung gewesen sein.

Nach alledem sind die geltend gemachten Schadenersatzforderungen der Beklagten nicht begründet, und die Berufung war zurückzuweisen.

## **Honoraranspruch des Steuerberaters**

- Verjährung
- Pauschalierungen
- Erstellung des Kassenbuchs
- Besprechung mit dem Finanzamt  
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 13.6.1996 - 13 U 68/95)

### **Leitsätze (d. Red.):**

**1. Für den Eintritt der Verjährung der Honorarforderung ist der Mandant darlegungs- und beweispflichtig.**

**2. Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Buchführung, für die eine Pauschale vereinbart wurde, sind nicht abrechnungsfähig.**

**3. Besprechungen mit dem Finanzamt werden gemäß § 31 StBGebV nach dem Gegenstandswert abgerechnet.**

**4. Die Zeitgebühr für die Erstellung der Kassenbücher entsteht mit der Zurverfügungstellung des Arbeitsergebnisses.**

### **Aus den Gründen:**

Die Berufung des Klägers ist teilweise begründet und führt zur Verurteilung der Beklagten zur Zahlung eines Betrages von insgesamt 33.633,81 DM.

#### **I.**

Der Kläger war nach Maßgabe des Steuerberatervertrages vom 18.11.1991 für den Veranlagungszeitraum ab 1.1.1990 als Steuerberater für

die Beklagte tätig. Mit drei Rechnungen vom 3.1.1994 und einer weiteren Rechnung vom 22.2.1994 rechnete der Kläger seine für die Steuerjahre 1990, 1991 und 1992 erbrachten Leistungen ab und begehrte Zahlung eines Betrages von insgesamt 46.053,81 DM.

Die in den Rechnungen vom 3.1.1994 aufgeführten Beträge wurden von der Beklagten nicht beanstandet. Sie wendet sich jedoch gegen den in der Rechnung vom 22.2.1994 aufgeführten Umfang der abgerechneten Zeitstunden. Auf die Honorarforderung des Klägers hat die Beklagte Vorschüsse in Höhe von 4.560 DM geleistet. Im übrigen erhebt sie die Einrede der Verjährung. Zusätzlich hat sie in erster Instanz die Aufrechnung mit Schadenersatzansprüchen erklärt.

Das Landgericht hat die Beklagte zur Zahlung von 10.408,75 DM sowie 10 DM vorgerichtliche Mahnkosten verurteilt und die weitergehende Klage abgewiesen. In Höhe von 26.071,31 DM hat es die Forderung des Klägers als verjährt angesehen. Der Betrag setzt sich zusammen aus den Rechnungen Nr. 40266 (7.811,15 DM betreffend das Jahr 1990) und Nr. 40267 (11.352,66 DM betreffend das Jahr 1991) vom 3.1.1994 sowie aus Teilbeträgen von 4.140 DM und 2.587,50 DM aus der Rechnung vom 22.4.1994. Dagegen hat das Landgericht die Klage in Höhe von 10.408,75 DM (13.675 DM aus der Rechnung Nr. 40268 vom 3.1.1994 und 1.293,75 DM aus der Rechnung Nr. 40584 vom 22.2.1994 abzüglich anzurechnender Vorschüsse von 4.560 DM) für begründet erachtet. Unangefochten hat das Landgericht in diesem Zusammenhang entschieden, daß der Beklagten aufrechenbare Gegenansprüche nicht zustehen.

#### **II.**

1. Mit Erfolg wendet sich der Kläger gegen die Ansicht des Landgerichts, der nach Grund und Höhe unstreitige Vergütungsanspruch für Leistungen betreffend die Steuerjahre 1990 und 1991 sei mit Ablauf des 31.12.1992 (betreffend das Steuerjahr 1990) und des 31.12.1993 (betreffend das Steuerjahr 1991) verjährt. **Für den Eintritt der Verjährung ist der Schuldner darlegungs- und beweispflichtig, der mit dieser Einrede einer Verurteilung entgehen will** (Palandt/Heinrichs, § 193 BGB, Rdn. 18).

Mit hinreichender Sicherheit kann nicht festgestellt werden, daß der Kläger die das Steuerjahr 1990 betreffenden Leistungen vor Ende des Jahres 1991 erbracht hat. Denn der **Steuerberatungsvertrag**, auf den die Beklagte sich beruft, trägt das Datum **vom 18.11.1991**. Nichts spricht dafür, daß der Kläger in den verbliebenen Wochen des Jahres 1991 die das Steuerjahr 1990 betreffenden Arbeiten zu Ende geführt hat. Zur Darlegung der Verjährung wäre es vielmehr unerlässlich gewesen, beispielsweise Ablichtungen der von der Beklagten unterzeichneten Erklärungen über die Einkommens- und Gewerbesteuer für das Jahr 1990 vorzulegen.

**Das auf den Erklärungen angegebene Datum hätte Rückschlüsse auf den Zeitpunkt der Fertigstellung der Arbeiten durch den Kläger ermöglicht.** Somit ist davon auszugehen, daß der Kläger die das Steuerjahr 1990 betreffenden Arbeiten nicht vor Beginn des Jahres 1992 ausgeführt hat. Die Klageerhebung im September 1994 erfolgte somit rechtzeitig, um die Verjährung der Honorarforderung in Höhe von 7811,15 DM zu unterbrechen. Dies gilt erst recht für die Honorarforderung über 11.532,66 DM (Rechnung Nr. 40267 für das Steuerjahr 1991). Die das Steuerjahr 1991 betreffenden Leistungen wurden frühestens im Jahre 1992 zu Ende geführt, so daß der Ablauf der Verjährungsfrist durch die Klageerhebung im September 1994 unterbrochen wurde.

2. Zu erörtern sind sodann Ansprüche aus der Rechnung vom 22.2.1994 über 13.035 DM. Das Landgericht hat von den in Rechnung gestellten 146 Zeitstunden lediglich 15 Stunden zu je 75 DM als berechtigt anerkannt und die weitergehende Rechnungsforderung zurückgewiesen, weil die Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Buchführung durch die monatliche Pauschale abgegolten seien und weil die Forderungen, soweit sie sich auf die Steuerjahre 1990 und 1991 bezögen, im übrigen verjährt seien. Einen Honoraranspruch für die Teilnahme des Klägers an Besprechungen mit der Finanzverwaltung hat das Landgericht verneint, weil die in der Rechnung zitierte Vorschrift des § 32 der Steuerberatergebührenverordnung (StBGebV) nur für Hilfeleistungen bei der Einrichtung der Buchführung eine Zeitgebühr vorsehe. Dieser

rechtlichen Beurteilung stimmt der Senat nicht in allen Punkten zu.

Zutreffend hat das Landgericht allerdings entschieden, daß **neben der vereinbarten Pauschale für die Buchführung** (Nr. II.3 des Steuerberatungsvertrages) **kein Anspruch auf Vergütung sonstiger Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Buchführung besteht. Die Gebühren nach § 33 StBGebV sind pauschalierungsfähig** (Eckert/Böttcher, *Steuerberatergebührenverordnung* 2. Aufl., § 14 Rdn. 6, §§ 32, 33 Rdn. 12). Hilfeleistungen bei sonstigen Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Buchführung sind nach § 33 Abs. 7 StBGebV abzurechnen. Dem Kläger steht daher die geforderte Vergütung zusätzlich zu den in den Rechnungen vom 3.1.1994 bereits aufgeführten Pauschalbeträgen nicht zu. Dies gilt auch für die in Rechnung gestellten 45 Zeitstunden zu je 75 DM, die ein Mitarbeiter des Klägers bei sonstigen Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Buchführung aufgewendet haben will. Insoweit hat es der Kläger versäumt, die Hilfeleistungen näher zu definieren, um so in der erforderlichen Weise darzulegen, ob es sich um Leistungen handelte, die nicht von den in Nr. I.1 des Steuerberatungsvertrages bezeichneten Arbeiten erfaßt wurden.

Ebensowenig steht dem Kläger für die Vorgesprache bei dem Finanzamt V. eine Vergütung von 1.125 DM netto (7,5 Zeitstunden zu 150 DM) zu. **Zwar hat der Steuerberater für Besprechungen mit Behörden und Dritten gemäß § 31 StBGebV einen entsprechenden Vergütungsanspruch.** Insoweit ist unschädlich, daß der Kläger in der Rechnung vom 22.2.1994 irrtümlich § 32 StBGebV als Anspruchsgrundlage zitiert hat. Dieser Fehler hätte nachträglich berichtigt werden können. Jedoch scheitert der Anspruch daran, daß dem Steuerberater für Besprechungen **nach § 31 StBGebV eine nach dem Gegenstandswert zu ermittelnde Gebühr zusteht.** Eine diesen Anforderungen genügende Honorarberechnung des Klägers liegt indessen nicht vor, so daß ein klagbarer Vergütungsanspruch nicht besteht.

Bei den verbleibenden 45 Arbeitsstunden für die **Erstellung der Kassenbücher** räumt die Beklagte ein, daß der Kläger diese Leistungen ausgeführt hat. Die Beklagte bestreitet lediglich

den Umfang des Zeitaufwands. Da der Kläger jedoch jährlich lediglich 15 Zeitstunden in Ansatz bringt, was einem monatlichen Aufwand von etwas mehr als einer Zeitstunde entspricht, bejaht der Senat die Angemessenheit des Zeitaufwands auch ohne weitere Beweisaufnahme. Das Landgericht hat dementsprechend die Berechtigung der für das Jahr 1992 in Rechnung gestellten 15 Zeitstunden bejaht.

Die **Verjährung** des Anspruchs, soweit er auf der Tätigkeit für die Steuerjahre 1990 und 1991 beruht, ist jedoch nicht eingetreten. Insoweit wird auf die vorstehenden Ausführungen betreffend die Steuerjahre 1990 und 1991 verwiesen. **Auch hier hat die Beklagte nicht dargelegt, wann der Kläger ihr die Arbeitsergebnisse zur Verfügung gestellt hat**, insbesondere ob dies vor Ende des Jahres 1992 geschehen ist.

## Honoraranspruch des Steuerberaters

- Fälligkeit
- Zurückbehaltungsrecht
- Nachbesserung

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 27.2.1997 – 13 U 23/96)

### Leitsätze (d. Red.):

**1. Der Steuerberater hat die Gebühren schon mit Beginn der Arbeit verdient (§ 12 Abs. 4 StBGebV).**

**2. Mit der Kündigung des Mandatsvertrages wird die Vergütung fällig (§ 7 StBGebV).**

**3. Der Steuerberater darf vom Druckmittel der Zug-um-Zug-Forderung – Zahlung offener Gebührenforderung gegen Aushändigung des Arbeitsergebnisses – Gebrauch machen.**

**4. Die Honorarforderung ist auch gemäß § 9 StBGebV einforderbar, wenn der jeweilige Gebührenrahmen nicht angegeben wurde.**

**5. Der Steuerberater hat das Recht zur Nachbesserung, wenn er mangelhaft gearbeitet hat.**

### Aus den Gründen:

I. Mit Schreiben vom 26.5.1994 beauftragte die beklagte GmbH durch A. – einen von zwei alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführern – den klagenden Steuerberater, den Jahresabschluß und die Finanzbuchhaltung sowie die Steuererklärung für das Wirtschaftsjahr 1993 zu erstellen. Im August 1994 legte A. sein Amt nieder. Die Änderung wurde am 24.1.1995 in das Handelsregister eingetragen. Mit Schreiben vom selben Tage an den Kläger kündigte die Beklagte durch B., der nunmehr alleiniger Geschäftsführer war, sämtliche Beratungsaufträge mit sofortiger Wirkung. Der Kläger teilte B. unter dem 27.1.1995 mit, daß die Bilanz und die Steuerklärungen 1993 fertiggestellt seien und nach Ausgleich sämtlicher Rückstände einschließlich der beigefügten Rechnung übersandt würden.

Der Kläger hat 10.485,93 DM Honorar Zug um Zug gegen Herausgabe der Bilanz 1993 nebst Bericht und Anhang sowie der Steuerklärungen (Körperschaft-, Gewerbe- und Umsatzsteuer) geltend gemacht. Die Beklagte hat den Anspruch nach Grund und Höhe bestritten. Das Landgericht hat einzelne Rechnungspositionen auf die jeweilige Mittelgebühr gekürzt und 9.561,68 DM Zug um Zug gegen Herausgabe der genannten Unterlagen zugesprochen.

II. Die Berufung der Beklagten ist nicht begründet. Das zugesprochene Honorar steht dem Kläger zu, obwohl der Auftrag bei Zugang der Kündigung noch nicht erledigt war. Auch die weiteren Einwände der Beklagten und ihre hilfsweise Aufrechnung mit einem Schadenersatzanspruch sind nicht gerechtfertigt.

**1. Der Steuerberatungsvertrag ist regelmäßig ein Dienstvertrag, der eine Geschäftsbesorgung zum Gegenstand hat** (BGHZ 115, 382, 386 = NJW 1992, 307, 308; BGH, NJW 1997,

516). Daran ändert auch nichts, daß die Tätigkeit des Steuerberaters gelegentlich oder regelmäßig zu „greifbaren Ergebnissen“ (BGHZ 115, 382, 386 = NJW 1992, 307, 308) führen muß. Ob hier ausnahmsweise Werkvertragsrecht anzuwenden ist, weil die Beklagte dem Kläger für die Angelegenheiten, um die es geht, keinen „Dauerauftrag“, sondern einen Einzelauftrag erteilt hatte, kann offen bleiben. Denn die Gebührenansprüche des Klägers waren bei Zugang der Kündigung in jedem Fall entstanden.

a) Bei einem **Werkvertrag** ist der Steuerberater im Falle der Kündigung durch den Auftraggeber nach § 649 S. 2 BGB berechtigt, die vereinbarte Vergütung zu verlangen; er muß sich nur dasjenige anrechnen lassen, was er infolge der Aufhebung des Vertrages an Aufwendungen erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben böswillig unterläßt.

Bei einem **Dienstvertrag ist das Honorar im Falle der Kündigung durch den Auftraggeber zwar gemäß § 628 Abs. 1 S. 1 BGB auf einen der bisherigen Tätigkeit entsprechenden Teil herabzusetzen. Nach § 12 Abs. 4 StBGebV hat der Steuerberater die Gebühr aber schon mit dem Beginn der Arbeit an der jeweiligen Angelegenheit in voller Höhe verdient** (vgl. Abs. 4 S. 3 der amtlichen Begründung zu § 12 StBGebV, abgedruckt bei Eckert/Böttcher, StBGebV 2. Aufl. 1989, S. 213 f; Senatsurteil, StB 1994, 155, 156; BGH, NJW 1987, 315, 316, zur identischen Rechtslage bei § 13 Abs. 4 BRAGO).

b) Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme hatte der Kläger die Arbeiten, für die er die Vergütung verlangt, bei Zugang des Kündigungsschreibens nicht nur schon begonnen, sondern bereits weitgehend abgeschlossen. Die Zeugin X. hat bekundet, die Steuererklärungen habe sie am 13.1.1995 bei der DATEV abgerufen und die Bilanz sei zu diesem Zeitpunkt schon fertiggestellt und vom Kläger überprüft gewesen. Der Senat sieht keinen Anlaß, an der Glaubwürdigkeit der Zeugin oder der Richtigkeit ihrer Aussage zu zweifeln.

Damit scheidet auch – bei Anwendung von Werkvertragsrecht – eine Kürzung der Vergütung nach § 649 S. 2 BGB aus, denn die

„Hauptarbeit“ war bei Zugang der Kündigung schon erledigt. Ab wann und in welchem Umfang der Kläger über die Vorgänge in der Geschäftsführung der Beklagten informiert war, ist für den Vergütungsanspruch unerheblich. Der Kläger hat einen Auftrag ausgeführt, den ihm ein Geschäftsführer der Beklagten erteilt hatte und der bis zur Kündigung fortbestand.

2. Dem Kläger steht auch die Vergütung (nach § 35 Abs. 1 Nr. 6 i.V.m. Nr. 1a StBGebV) für den schriftlichen Erläuterungsbericht zur Aufstellung des Jahresabschlusses zu. **Die Frage, ob der Auftrag auch einen Erläuterungsbericht umfaßte, ist, wie stets bei der Auslegung von Willenserklärungen, aus der Sicht des Empfängers (hier: des Klägers) zu beantworten und zu bejahen.** Unstreitig war allen Jahresabschlüssen seit Bestehen der Beklagten ein schriftlicher Erläuterungsbericht beigelegt gewesen. Nicht bestritten ist auch, daß der Kläger den von ihm aufgestellten Jahresabschluß für 1992 mit einem Erläuterungsbericht versehen hatte, ohne ausdrücklich dazu beauftragt zu sein. Mangels gegenteiligen Vertrages der Beklagten ist davon auszugehen, daß die Beklagte das auch nicht beanstandet hatte. Unter diesen Umständen konnte aus der Sicht des Klägers nicht zweifelhaft sein, daß auch dem Jahresabschluß 1993 ein schriftlicher Erläuterungsbericht beizufügen war.

3. Die eingeklagte Vergütung ist fällig und einfordern.

a) **Nach § 7 StBGebV war die Vergütung mit der Kündigung fällig geworden.** Daß die Beklagte die bestellten Arbeitsergebnisse noch nicht erhalten hatte, ist unerheblich. Der Kläger hat deren Übergabe selbst dann zu Recht von der Bezahlung seiner Rechnung abhängig gemacht, wenn das Vertragsverhältnis der Parteien dem Werkvertragsrecht zuzuordnen war. Denn nach § 321 BGB kann der an sich vorleistungspflichtige Werkunternehmer unter den dort genannten Voraussetzungen die ihm obliegende Leistung verweigern, bis die Gegenleistung bewirkt oder Sicherheit für sie geleistet ist. Daß die Vermögensverhältnisse der Beklagten sich nach dem Auftrag an den Kläger wesentlich verschlechtert hatten, kann nach dem Schreiben des Steuerberaters vom 28.12.1994 nicht zweifelhaft sein.

**Das Recht des Steuerberaters, seine Arbeitsergebnisse wegen Gebührenforderungen zurückzuhalten, ist auch nicht durch die Natur des Schuldverhältnisses ausgeschlossen** (BGH, NJW 1988, 2607; Gehre, StBerG 3. Aufl., § 66 Rdn. 12). Der Kläger hat sich auch nicht treuwidrig verhalten. Unstreitig standen zur Zeit der Kündigung noch ältere Rechnungen von mehr als 14.000 DM offen. Bei dieser Sachlage durfte der Kläger von dem Druckmittel der Zugum-Zug-Forderung Gebrauch machen. Im übrigen hätte die Beklagte die Ausübung des Zurückbehaltungsrechts durch Sicherheitsleistung abwenden können.

b) Der Kläger hat die Vergütung auch ordnungsgemäß eingefordert. Denn er hat der Beklagten im Juni 1995 neue Rechnungen erteilt, die den Anforderungen des § 9 Abs. 1, Abs. 2 S. 1 StBGebV genügen. **Daß er den jeweiligen Gebührenrahmen nicht angegeben hat, spielt keine Rolle, weil diese Angabe im Gesetz nicht vorgeschrieben ist.**

4. Der Einwand der Beklagten, der Vergütungsanspruch des Klägers sei durch Wandlung, hilfsweise Minderung, auf Null entfallen, weil der Kläger ihre Darlehensforderung gegen die Firma Z. in seinem Jahresabschluß falsch (zu hoch) bewertet habe, ist nicht gerechtfertigt. Wandlung oder Minderung kämen nur in Betracht, wenn Werkvertragsrecht anzuwenden wäre. Das kann aber auch hier ebenso offen bleiben wie die weitere Frage, ob der Anspruch der Beklagten auf Rückzahlung des Darlehens von 350.000 DM, das sie der Fa. Z. im Februar 1991 gewährt hatte, im Jahresabschluß 1993 richtigerweise mit 0 DM hätte bewertet werden müssen. Denn **die Beklagte hatte dem Kläger in jedem Fall Gelegenheit zur Nachbesserung geben müssen.**

a) Die Darlehensforderung war nach § 266 Abs. 2 A III HGB auf der Aktivseite in die Bilanz der Beklagten aufzunehmen. Bei ihrer Bewertung waren, worauf die Beklagte zutreffend hingewiesen hat, nach § 252 Abs. 1 Nr. 4 HGB alle vorhersehbaren Risiken und Verluste, die bis zum Abschlußstichtag (31.12.1993) entstanden waren, zu berücksichtigen, selbst wenn diese erst zwischen dem Abschlußstichtag und dem Tag der Aufstellung des Jahresabschlusses bekannt geworden waren. Die Firma Z. war im

Juni 1994 in Konkurs gegangen. Damit mag bei Aufstellung des Jahresabschlusses zweifelhaft gewesen sein, ob die Darlehensforderung der Beklagten sich noch teilweise realisieren ließ.

b) Der Kläger hat die Darlehensforderung in dem von ihm aufgestellten Jahresabschluß 1993 mit (noch) 250.000 DM bewertet. Ob das aus den Gründen zu a) ein Fehler war, kann offen bleiben. **Nach allgemeiner Meinung, die der Senat teilt, hat der Steuerberater das Recht zur Nachbesserung** (OLG Köln, ZIP 1983, 706; OLG Köln, StB 1992, 70; mit zustimmender Anmerkung: Späth: StB 1992, 184; OLG Hamm, StB 1987, 211 und GI 1988, 136; OLG Frankfurt, Stbg 1994, 283; Senat, GI 1993, 45, 47; Staudinger/Peters, BGB, 13. Bearb. [1994], Vorbem. zu §§ 631 ff Rdn. 31). Dabei ist wiederum unerheblich, ob das Vertragsverhältnis der Parteien dem Dienst- oder dem Werkvertragsrecht zuzuordnen war.

Bei einem **Werkvertrag**, der nicht selten eine einmalige und unpersönliche „Angelegenheit“ ist, kann der Besteller nach §§ 633 ff BGB **Schadenersatz regelmäßig erst verlangen, nachdem er den Unternehmer vergeblich unter Fristsetzung mit Ablehnungsandrohung aufgefordert hat, den Mangel zu beseitigen.** Bei einem **Dienstverhältnis**, das jedenfalls in Fällen wie hier einen persönlichen und vertrauensvollen Einschlag hat (vgl. § 627 Abs. 1 BGB), muß das erst recht gelten. Hier gebietet es schon die Pflicht zur gegenseitigen Rücksichtnahme, daß der Berechtigte dem anderen Teil Gelegenheit gibt, Fehler selbst zu beheben, bevor er aus einem Mangel der Leistung Rechte herleitet.

c) Im übrigen führte auch ein Schadenersatzanspruch zu keinem anderen Ergebnis:

aa) Der Anspruch des Dienstberechtigten auf Schadenersatz wegen Schlechterfüllung richtet sich nach §§ 249 ff BGB (Palandt/Putzo, BGB 56. Aufl. 1997, § 611 Rdn. 15, 17). Steht, wie hier, ein reiner Vermögensschaden im Raum, so kann der Dienstberechtigte nach § 249 BGB zunächst nicht Geldersatz, sondern nur Herstellung des Zustandes verlangen, der bestehen würde, wenn der zum Ersatz verpflichtende Umstand nicht eingetreten wäre. Das gilt erst recht, wenn der Schaden noch nicht einge-



treten ist (BGH, NJW 1994, 1472, 1473, zum Anwaltsvertrag). Einen Anspruch auf Ersatz in Geld hat der Dienstberechtigte nach §§ 250, 251 Abs. 1 BGB erst, wenn er den anderen Teil vergeblich zur Herstellung in angemessener Frist aufgefordert hat, oder wenn die Herstellung nicht möglich oder zu seiner Entschädigung nicht genügend ist.

bb) Der behauptete Mangel war noch kein Schaden. Ein Schaden entstand erst mit einer für die Beklagte nachteiligen Steuerfestsetzung. Bis dahin konnte im Zweifel noch „nachgebessert“ werden, was nach dem eigenen Vorbringen des Beklagten auch geschehen ist. Aus welchem Grunde das nicht auch der Kläger hätte machen können, ist weder vorgetragen noch ersichtlich. Ob das jetzt nicht mehr möglich ist, weil Gewinnfeststellung und Besteuerung schon abgeschlossen sind, spielt keine Rolle. Abzustellen ist darauf, welchen Verlauf die Dinge bei ungestörter Vertragsabwicklung genommen hätten. In dem Fall hätte die Beklagte den vom Kläger aufgestellten Jahresabschluß im Frühjahr 1995 erhalten und vor Abgabe der Körperschaftsteuererklärung(en) die angeblich falsche (weil zu hohe) Bewertung der Darlehensforderung gegen die Firma Z. beanstanden können.

5. Die Hilfsaufrechnung der Beklagten mit einem Schadenersatzanspruch, der darauf beruhe, daß die Beklagte einen anderen Steuerberater habe beauftragen müssen, ist nicht gerechtfertigt. Sie setzt ein rechtswidriges Verhalten des Klägers voraus. Das war nicht der Fall, weil der Kläger sich mit der Geltendmachung des Zurückbehaltungsrechts rechtmäßig verhalten hat.

6. Das Landgericht hat in allen Positionen nur die Mittelgebühr zugesprochen. Weitere konkrete Einwände zur Höhe hat die Beklagte nicht erhoben.

## GI Leitsätze

### Berichtigungsantrag, § 173 AO / Grobes Verschulden / Unvollständige Ausfüllung des Steuerformulars

Ein Steuerpflichtiger muß sich grobes Verschulden vorwerfen lassen, wenn er nicht überprüft, ob die Angaben aus seiner Kladde oder einer Entwurfsfassung seiner Steuererklärung in den für das Finanzamt bestimmten Erklärungsbogen vollständig und richtig übertragen worden sind.

(BFH, Beschl. v. 30.1.1997 – III B 99/95, BFH/NV 1997, 385)

### Wiedereinsetzungsantrag / Glaubhaftmachung

1. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand kann in Betracht kommen, wenn der verspätete Eingang eines Schriftsatzes bei Gericht etwa auf eine Betriebsstörung oder -unterbrechung des Telefaxgerätes zurückzuführen ist, die der Absender nicht zu vertreten hat.

2. Der schlüssige Vortrag der die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand begründenden Tatsachen ist durch die Vorlage präsenter Beweismittel glaubhaft zu machen. Dafür ist selbst eine eidesstattliche Versicherung des Anwalts oder des Steuerberaters dann nicht ausreichend, wenn weitere Mittel zur Glaubhaftmachung zur Verfügung stehen.

(BFH, Beschl. v. 12.11.1996 – III R 13/96, BFH/NV 1997, 420)

### Anmerkung:

Im vorliegenden Fall fehlten eidesstattliche Versicherungen der Kanzleimitarbeiter sowie, die Sendeprotokolle.

### Steuerfahndung / Ermittlungen / Verwertung im Veranlagungsverfahren

§ 30a Abs. 3 AO ist auf Ermittlungen der Steuerfahndung nach § 208 Abs. 1 Nr. 3 AO nicht unmittelbar anwendbar. Werden im Rah-

men einer richterlich angeordneten Durchsuchung rechtmäßig Unterlagen gesichtet und werden Aufzeichnungen in Fällen gemacht, in denen ein erfahrener Steuerfahnder aufgrund der Höhe der Beträge oder sonstiger Besonderheiten Anlaß sieht, die Vorgänge auf ihre steuerlich korrekte Erfassung zu überprüfen, dürfen diese Erkenntnisse steuerlich verwertet werden (Leitsatz nicht amtlich).

(FG Baden-Württemberg, Beschl. v. 25.11.1996 – 3 V 37/96, wistra 1997, 158)

### Steuerberatungspraxis / AfA auf „Praxiswert“

Arbeitet der frühere Einzelinhaber einer Steuerberatungspraxis verantwortlich in der GmbH mit, kann bei der Bemessung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer des von der GmbH erworbenen Praxiswerts von zehn Jahren ausgegangen werden.

(FG Saarland, Urt. v. 18.12.1996 – 1 K 214/94, LEXinform 0141692 = STEUER-TELEX 2818)

## Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1 – 10, 1997)

### Abschlußprüfung

- Bewertung, GmbH-Beteiligung 97, 217
- Bilanzverschönerungsabsprache 97, 217
- Fortsetzungsprüfung 97, 173
- = eingeschränkter Bestätigungsvermerk 97, 173
- und Steuerberatung, § 319 HGB 97, 2
- Prüfungsumfang 97, 242
- Sittenwidrige Schädigung 97, 242
- Sonderprüfungen 97, 242
- Unterschlagungen 97, 242
- Vollständigkeitserklärung, unrichtige 97, 217

### Adelstitel

- Vermittlung des – 97, 11

### Allgemeine Auftragsbedingungen des WP

- Haftungsbegrenzung, Nr. 9 AGB 1983 97, 83

### Anderkonto

- Treuhandbindung 97, 96

### Anwaltsvertrag

- Auslegung 97, 185

### Aufrechnung

- Rechtskraft 97, 214

### Auskunftsvertrag

- Stillschweigender Abschluß 97, 39, 191
- = Bilanz 97, 39
- = Verhandlungen

### Belehrungspflicht des RA

- Frachtvertrag 97, 109
- Mandatsende 97, 109

### Belehrungspflicht des StB/WP

- Familienvertrag, Fremdvergleich 97, 149
- gegenüber GmbH-Geschäftsführer 97, 159
- = wg. Gefahren der vGA

### Bekanntgabe des Steuerbescheides

- an Mandanten statt an Bevollmächtigten 97, 54

### Berichtigung, § 173 AO

- Grobes Verschulden 97, 54
- = des Steuerpflichtigen

### Berufshaftpflichtversicherung

- Wirtschaftsprüfung 97, 255
- = rückwirkende Deckungszusage

### Berufungsbegründungsfrist

- Verlängerungsantrag 97, 60
- = Erkrankung der Partei 97, 162
- = 1. Verlängerungsantrag

### Beweislast

- Fälligkeitsbestätigung 97, 211
- Fehlberatung 97, 117
- = Immobilienerwerb 97, 128
- = Substantiierung 97, 117
- Kausalität, Notarfehler/Schaden 97, 211
- Kündigungsgrund 97, 6

### Bilanzerstellung

- Abschlußvermerk 97, 191
- Bescheinigung 97, 81
- = Ordnungsmäßigkeit der Buchführung 97, 39, 81
- Dritthaftung 97, 191
- Mitteilung des Mandanten 97, 191
- = Warenvorräte
- Prüfungspflichten 97, 191
- = Bewertung der Waren und Forderungen d. u. 97, 191
- = Warenbestand 97, 191
- Rohaufschlagssätze 97, 191
- Wareneinsatz 97, 191

### Bußgeld

- Schaden 97, 32

### Darlegungslast, Regreßanspruch

- Beratungsfehler 97, 117
- Schaden 97, 69
- = Veräußerungsgewinn, § 17, 1, 5 EStG 97, 225
- = Zwei-Konten-Modell

### Dienstleistungsfreiheit, Art. 59 EGV

- Rechtsberatungsgesetz 97, 229

### Dritthaftung

- Stillschweigender Auskunftsvertrag 97, 39, 191
- = Bilanz 97, 39
- = Verhandlungen
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter 97, 39, 81, 191
- = Bilanzerstellung 97, 191
- = gegenläufige Interessen

= Kreditgeber	97, 191	<b>Haftungsbeschränkung</b>	
= Mittelverwendungskontrolle	97, 71	- Haftungshöchstsumme 500.000 DM	
= Testathaftung	97, 39, 197	= Nr. 9 AGB/WP 1983	97, 83
<b>EDV-Fristenkalender</b>		<b>Hausverwaltung</b>	
- Büroorganisation, Fristenkalender	97, 107	- Honorar	97, 45
- Störfall	97, 107	- Nachbesserungsrecht	97, 45
<b>Ehescheidung</b>		<b>Honoraranspruch des RA</b>	
- Steuerrückerstattung	97, 240	- Abtretung des –	97, 6
<b>Erbenhaftung</b>		<b>Honoraranspruch des StB</b>	
- Vorbehaltserklärung	97, 171	- Abschlagszahlung	
<b>Erfüllungsgehilfe</b>		= Verjährungsunterbrechung	97, 29
- zwei Rechtsanwälte	97, 185	- Anerkenntnis des Mandanten	97, 45
<b>Familienverträge</b>		- Besprechungsgebühr, § 31 StBGebV	
- Fremdvergleich	97, 149	= mit Finanzamt	97, 250
<b>Finanzamt</b>		- Buchführung	
- Versäumnisse des FA	97, 50	= Einrichten der –, §§ 32, 13 StBGebV	97, 226
<b>Fortbildungsveranstaltung</b>		= Kontieren, § 32 Abs. 2 StBGebV	97, 226
- Werbungskosten	97, 50	- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV	
<b>Frachtvertrag</b>		= „Allgemeine Beratung“	97, 152
- Verjährungseintritt	97, 109	= Erläuterungen	97, 150
<b>Freiberufler</b>		= Mahnschreiben	97, 167
- Unternehmensberater	97, 154	= Nachprozeß	97, 152
<b>Fristenkontrolle</b>		= Prozeßvortrag	97, 152
- Ausgangskontrolle		= Rahmengebühr	97, 252
= Portobuch	97, 228	= Unterschrift	97, 167
= Telefax	97, 239	= Zeitgebühr	97, 150
- Fristenkontrollbuch		- Entstehung des –	97, 252
= EDV-gestütztes	97, 107	- Fälligkeit, § 7 StBGebV	
= Erledigungs-Kontrolle	97, 237	= Erledigung	97, 150, 250
= Portobuch/Postausgangsbuch	97, 228	= Mandatskündigung	97, 252
- Fristenüberwachung durch RA		= ohne Rechnung?	97, 29
= bei Aktenvorlage	97, 164	- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV	
= 1. Fristverlängerung, Berufungs- begründung	97, 162	= Bestimmungsrecht, Festlegung	97, 169, 177
- Fristversäumnis, unverschuldetes		- Hausverwaltung	97, 45
= Aktenvorlage, RA	97, 205	- Hinweis auf Formvorschriften	97, 23
= Faxübermittlung	97, 255	- Honorarvereinbarung, unwirksame	97, 23
= Krankheit der Ehefrau	97, 2	= Auslegung	97, 177
= Rechtsirrtum, Revisionsfrist	97, 106	= Unwirksamkeit	97, 23
= Unterschriftskontrolle	97, 132	- Kassenbuch	97, 250
- Organisationsanweisung		- Mittelgebühr	
= EDV-Störfall	97, 107	= Kontierung	97, 226
<b>Gaststätten-Pachtvertrag</b>	97, 16	- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	
<b>GI Aktuell</b>		= Kenntnis der Nichtigkeit	97, 223
- Häusliches Arbeitszimmer	97, 2	= nichtige –, Vergütungsanspruch	97, 23, 169, 177, 223
= im Haus des Ehegatten	97, 54	= sonstige Tätigkeiten	97, 250
- Bilanzbuchhalter gg. StBerG	97, 80	= unwirksame Vereinbarung	97, 132
- Körperbehinderte		- Praxistreuhand	97, 51
= Fahrstuhleinbau	97, 210	- Verjährung des –	
= Kfz.-Kosten	97, 132	= Abschlagszahlung, Verjährungs- unterbrechung	97, 29
- Standardsoftware, Umsatzsteuer	97, 132	= Beweislast für –	97, 250
- Vermögensteuer	97, 184	= Verzicht auf –	97, 45
- Vorfalligkeitsentschädigung	97, 184	- Verjährungsbeginn	
- Wucher, Arbeitsverhältnis	97, 184	= mit Fälligkeit	97, 29
- Zinsbesteuerung verfassungsgemäß	97, 80, 158	- Verjährungsunterbrechung	
<b>GmbH</b>		= Abschlagszahlung	97, 29
- Geschäftsführer		- Zeitgebühr	
= Steuerhaftung	97, 2	= § 21 Abs. 1 StBGebV?	97, 150
		= Einrichten der Buchführung	97, 226
		= Kassenbuch	97, 250
		= Rechnungsinhalt	97, 150
		<b>Immobilienwerb</b>	
		- Fehlberatung	97, 128
		- Schaden	97, 128

**Information an Vorberater**

- Klagefrist 97, 3

**Internet**

- Werbeverbot 97, 228

**Investitionszulage**

- Unterschrift 97, 132
- Wiedereinsetzung 97, 132

**Kausalität**

- zwischen Amtspflichtverletzung und Schaden
  - = vorzeitige Fälligkeitsbestätigung 97, 211
- zwischen Pflichtwidrigkeit und Schaden
  - = Anscheinsbeweis 97, 81
- Unterbrechung der Kausalität
  - = Handlung des Geschädigten 97, 62
  - = Familiäre Rücksichtnahme 97, 57
  - = Beratungskonformes Verhalten 97, 57
  - = Ungesicherte Vorleistung 97, 57

**Konkursverwalter**

- Aussonderungsrechte
  - = Sachenrecht, Internationales 97, 124
  - = Vorbehaltskauf 97, 124
- Neugeschäft
  - = Masseschuld, § 60 Abs. 1 Nr. 1 KO? 97, 46
  - = Umsatzsteuer, § 58 Nr. 2 KO 97, 46
- Steuerhaftung 97, 46

**Kostenfestsetzung**

- Fehlerhafte Rechtspflege-Entscheidung
  - = Vollstreckungsgegenklage 97, 214

**Kündigung des Mandats**

- fristlose –, § 627 BGB 97, 6

**Liebhabelei**

- Rechtsanwaltschaftigkeit 97, 228

**Mandantengelder**

- Herausgabeanspruch 97, 11
- Nichtiger Mandatsvertrag 97, 11

**Mandantenpflichten**

- Informationen an RA 97, 16

**Mandatsübernahme**

- Belehrungspflicht
  - = des Altberaters 97, 55, 109
- Klagefrist 97, 3
- Nachfrage beim Vorberater? 97, 3

**Mittelverwendungskontrolle**

- Dritthaftung 97, 71
- Sicherstellung des Anlegers 97, 71
- Verjährung, berufsrechtliche? 97, 71
- Überlegene Sachkunde
  - = Mandant, Jurist 97, 109

**Mitverschulden**

- bei Auskunftshaftung 97, 133
- Erfüllungsgehilfe des Mandanten 97, 185
- Informationen an RA
  - = durch Dritte 97, 185
- Informationen an StB 97, 32
- Schriftformklausel 97, 159
- Vollständigkeitserklärung 97, 217
- Vorsatz des Geschädigten 97, 217

**Nachbesserung**

- Mängel in der Hausabrechnung 97, 45
- Recht des StB 97, 252

**Nachforderungszinsen, § 233 a AO**

- Verstoß gegen Treu und Glauben 97, 50

**Nachvertragliche Pflichten**

- Belehrungspflicht, Gestaltungsrechte 97, 55
- Mandatsende, Verjährung 97, 109

**Notar**

- Amtshandlung 97, 133
- Anderkonto
  - = Treuhandbindung 97, 96
- Anwaltsnotar
  - = Abgrenzung RA-Haftung 97, 133
- Auskunft 97, 165
- Bescheinigung 97, 133
- Ersatzmöglichkeit, anderweitige (Subsidiarität)
  - = Erlöserwartung, ungewisse 97, 57
  - = Konkursquote 97, 57
- Mitteilungspflichten, § 54 EStDV 97, 154
- Rechtmäßiges Alternativverhalten
  - = Fälligkeitsbestätigung 97, 211
- Treuhandgelder 97, 96
- Ausreichende Sicherheiten 97, 133
- Vorleistungen, ungesicherte 97, 57

**Partnerschaft**

- Firma „und Partner“ 97, 102
- mit Wirtschaftsprüfer 97, 102

**Praxistreuhand**

- Honorarforderung 97, 51

**Praxiswert**

- Abnutzungsdauer 97, 256

**Prozeßauftrag**

- Fehler des Gerichts 97, 62

**Prozeßvollmacht**

- Ausschußfrist zur Vorlage 97, 77
- Inhalt 97, 228

**Rechtsanwalt**

- Erbenhaftung, beschränkte 97, 171
- Liebhabelei 97, 228
- Sachverhaltsermittlung 97, 16
- Scheidungsverbundverfahren
  - = Abfindung des Arbeitgebers 97, 229

**Rechtsberatung / Rechtsbesorgung**

- Gesellschaftsverträge 97, 226
- Forderungseinzug, Ausländer 97, 229
- Honoraranspruch 97, 226
- Mietvertrag 97, 175
- durch Steuerberater 97, 175
- Vermögensabwicklung, Ehescheidung 97, 240
- durch Wirtschaftsprüfer
  - = Wirtschaftsberatung 97, 226
- Steuerberatungsvertrag 97, 175

**Rechtskraft, § 322 ZPO**

- Abgelehnte Aufrechnung 97, 214
- Durchbrechung, § 826 BGB 97, 214

**Revision**

- Frist, Wiedereinsetzung 97, 106

**Sachverhaltsermittlung**

- durch RA 97, 16

**Schaden**

- Anwaltskosten zur Schadenabwendung 97, 185
- Bußgeld 97, 32

– Entnahme	97, 141	<b>Untreue, § 266 StGB</b>	
– Immobilienerwerb	97, 128	– Faktische Herrschaft	97, 203
– Stille Reserven, Aufdeckung	97, 141	<b>Umwandlung</b>	
– Privatgutachten	97, 62	– Verschmelzung, fehlerhafte	97, 113
– Verschmelzung, Kapitalgesellschaften	97, 113	<b>Verjährung § 12 VVG</b>	
– Zwei-Konten-Modell	97, 225	– Beginn	97, 25
<b>Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB</b>		– Haftpflichtversicherung	97, 25
– Abschlußprüfung	97, 242	– Rechtsschutz und Zahlungsanspruch	97, 25
– Erwerb eines Adelstitels	97, 11	<b>Verdeckte Gewinnausschüttung</b>	
– Rechtskraft, Durchbrechung	97, 214	– Belehrung des GmbH-Geschäftsführers	97, 159
– Testat ohne Prüfung	97, 191, 242	<b>Verjährung</b>	
<b>Sozietät</b>		<b>(§ 51 b BRAO n. F., § 51 BRAO a. F.)</b>	
– Gesamtschuldner	97, 147	– Arglisteinwand	97, 16
– Steuerberater und Rechtsanwalt	97, 147	– Verjährungsbeginn	
<b>Splittingtarif</b>		= Schadenentstehung	97, 16
– Zustimmungspflicht	97, 240	= Schadenentstehung und	
<b>StB-GmbH</b>		= Mandatsende	97, 16
– IHK-Mitgliedschaft	97, 158	= Vertragsberatung	97, 16
– Verschmelzung mit Handelsgewerbe	97, 153	– Verjährungshemmung	97, 16
<b>Steuerberater</b>		<b>Verjährung, § 195 BGB</b>	
– Aufsichtsrat	97, 50	– Mittelverwendungskontrolle	97, 71
– Gewerbliche Tätigkeit	97, 50	<b>Verschmelzung</b>	
– Vertretung des Gesellschafters	97, 50	– Kapitalgesellschaften	97, 113
– Gewerbebetrieb des Steuerberaters	97, 50	– Schadenentstehung	97, 113
<b>Steuerberatungsvertrag</b>		<b>Verschwiegenheit</b>	
– Nichtigkeit, § 134 BGB		– Honorarabtretung	97, 6
= unerlaubte Rechtsberatung	97, 175	– Honorarprozeß	97, 169
<b>Steuerfahndung</b>		<b>Versicherungsschutz</b>	
– Verwertung bei Veranlagung	97, 255	– Wesentliche Pflichtverletzung	
<b>Steuerhaftung</b>		= Notaranderkonto,	
– GmbH-Geschäftsführer		= ungeprüfte Auszahlung	97, 36
= Strohmann	97, 2	= Risikoausschluß	97, 36
<b>Steuerverkürzung</b>		= des Treuhänders	97, 97
– Leichtfertige –	97, 93	– Sozietätsdeckung	
– durch Steuerberater	97, 93	= Risikoausschluß eines Sozios	97, 36
– Unrichtige Angaben	97, 93	<b>Verzug</b>	
<b>Telefax</b>		– des Steuerberaters	97, 150
– Ausgangskontrolle	97, 239	– Mahnung	97, 211
– Funktionsfähigkeit	97, 255	<b>Vollstreckungsgegenklage, § 767 ZPO</b>	
<b>Testat</b>		– Fehlerhafte Rechtspflege-Entscheidung	97, 214
– Verantwortungsbereich	97, 39, 191	<b>Vorberater</b>	
– Warenlager, Inventur	97, 191	– Mandatsübernahme	97, 3
<b>Treuhänder</b>		<b>Vorteilsausgleichung</b>	
– Nichtiger Mandatsvertrag	97, 11	– Privatgutachten, überflüssiges	97, 62
– Prüfungspflichten		<b>Werbeverbot</b>	
= Übertragungsmöglichkeit der –	97, 97	– Briefbogengestaltung	97, 210
– Verdeckter –		– Bürogemeinschaft RA, StB	97, 50
= Vorsteuerabzug	97, 83	– Internationale Sozietät	97, 2
– Versicherungsschutz	97, 97	– Internet	97, 228
<b>Umsatzsteuer</b>		– Messestand	97, 51
– Vorsteuerabzug		– Praxisbroschüre	97, 51
= verdeckte Treuhandchaft	97, 83	<b>Wettbewerbsverbot</b>	
<b>Unternehmensberater</b>		– Nachvertragliches –	97, 210
– freiberufliche Tätigkeit	97, 154	– Sittenwidrigkeit	97, 210
<b>Unterschrift</b>		<b>Wiedereinsetzung</b>	
– Investitionszulageantrag	97, 132	– Antrag	
– Wiedereinsetzungsantrag	97, 132	= Aktenvorlage	97, 205
		= Begründung	97, 228

= Frist, § 234 Abs. 1 ZPO	97, 164, 205, 228, 237	BGH v. 24. 10. 1996 – VII ZB 25/96	97, 162
– Berufungsbegründungsfrist (s. dort)		BGH v. 7. 11. 1996 – 4 StR 423/96	97, 203
– Fristenkontrolle (s. dort)		BGH v. 14. 11. 1996 – IX ZR 215/95	97, 32
= Darlegung, Organisation der –		= NJW 1997, 518 = WM 1997, 328	
= Darlegungslast, Absetzung	97, 228	BGH v. 21. 11. 1996 – IX ZR 159/95	97, 29
= Fristversäumnis, unverschuldetes –		= NJW 1997, 516 = WM 1997, 330	
= Erkrankung der Ehefrau	97, 2	= Wpg 1997, 98	
– Glaubhaftmachung		BGH v. 21. 11. 1996 – IX ZR 182/95	97, 133
= eidesstattliche Versicherung	97, 255	BGH v. 21. 11. 1996 – IX ZR 220/95	97, 211
– Rechtsirrtum		BGH v. 28. 11. 1996 – IX ZR 39/96	97, 109
= Revisionsfrist	97, 106	= NJW 1997, 1302 = WM 1997, 321	
<b>Wirtschaftsprüfer</b>		= MDR 1997, 398	
– Berufshaftpflichtversicherung	97, 229	BGH v. 5. 12. 1996 – IX ZR 61/96	97, 113
– Partnerschaft	97, 102	= NJW 1997, 1001 = WM 1997, 333	
<b>Zugang</b>		BGH v. 5. 12. 1996 – IX ZR 67/96	97, 214
– Zugangsvermutung, § 122 AO		BGH v. 10. 12. 1996 – VI ZB 16/96	97, 205
= Berechnung der Drei-Tages-Frist	97, 50	BGH v. 12. 12. 1996 – IX ZR 214/95	97, 83
= Postfach	97, 106	= NJW 1997, 1008 = WM 1997, 335	
= Zweifel am Zugang	97, 50	= DB 1997, 673	
<b>Zurückbehaltungsrecht</b>		BGH v. 19. 12. 1996 – IX ZR 327/95	97, 81
– an Arbeitsergebnissen	97, 252	= WM 1997, 359 = NJW 1997, 1235	
– als Druckmittel	97, 252	= DStR 1997, 271	
<b>Zusammenveranlagung</b>		BGH v. 13. 3. 1997 – IX ZR 81/96	97, 185
– Pflicht zur –	97, 240	BGH v. 8. 4. 1997 – VI ZB 8/97	97, 237
<b>Zwei-Konten-Modell</b>		BGH v. 15. 4. 1997 – IX ZR 70/96	97, 159
– Schaden, Darlegungslast	97, 225	BGH v. 1. 7. 1997 – XI ZR 197/96	
		und XI ZR 267/96	97, 184
<hr/>			
BGH v. 29. 1. 1996 – II ZR 286/84	97, 210		
= Stbg 1997, 19			
BGH v. 25. 4. 1996 – I ZR 106/94	97, 2	BayOLG v. 2. 8. 1996 – 3 Z BR 73/96	97, 102
= AnwBl 1996, 471		= ZIP 1996, 1702	
BGH v. 30. 4. 1996 – VII ZR 369/95	97, 191	Brandenburgisches OLG v. 20. 6. 1995	97, 165
BGH v. 9. 5. 1996 – IX ZR 244/95	97, 124	– 6 W 5/95	
BGH v. 20. 6. 1996 – IX ZR 106/95	97, 16	OLG Braunschweig v. 8. 3. 1996	
= NJW 1996, 2929 = WM 1996, 1832		– Ss (B) 100/95	97, 93
= AnwBl 1996, 637		= wistra 1996, 319	
BGH v. 2. 7. 1996 – IX ZR 299/95	97, 57	OLG Celle v. 9. 2. 1994 – 3 U 83/93	97, 132
= NJW 1996, 3009 = WM 1996, 2071		= DStR 1994, 630	
= DB 1996, 1868		OLG Celle v. 26. 4. 1996	
BGH v. 4. 7. 1996 – VII ZB 14/96	97, 60	– 2 Ss (Owi) 95/96	97, 154
= NJW 1996, 3155 = VersR 1997, 132		= wistra 1996, 320	
= BB 1996, 2168		OLG Celle v. 5. 6. 1996 – 13 U 263/95, n.rkr.	97, 51
BGH v. 4. 7. 1996 – V ZB 15/96	97, 239	= DStR 1996, 1223	
BGH v. 9. 10. 1996 – XII ZB 152/96	97, 164	OLG Celle v. 18. 12. 1996 – 3 U 35/96	97, 128
BGH v. 10. 10. 1996 – III ZR 205/95	97, 11	OLG Düsseldorf v. 12. 1. 1995 – 13 U 90/93	97, 45
= NJW 1997, 47 = DB 1997, 89		OLG Düsseldorf v. 8. 2. 1995 – 15 U 215/93	97, 39
= ZIP 1996, 2113		OLG Düsseldorf v. 8. 2. 1996 – 13 U 38/95	97, 23
BGH v. 10. 10. 1996 – IX ZR 294/95	97, 62	OLG Düsseldorf v. 14. 3. 1996 – 13 U 3/95	97, 69
= NJW 1997, 250 = WM 1997, 72		OLG Düsseldorf v. 13. 6. 1996	
BGH v. 10. 10. 1996 – VII ZB 31/95	97, 107	– 13 U 68/95	97, 250
BGH v. 17. 10. 1996 – IX ZR 37/96	97, 6	OLG Düsseldorf v. 20. 6. 1996	
= NJW 1997, 188 = WM 1996, 2244		– 13 U 100/95	97, 150
= DStR 1997, 39		OLG Düsseldorf v. 27. 6. 1996 – 5 U 11/96	97, 242
BGH v. 24. 10. 1996 – IX ZR 4/96	97, 55	OLG Düsseldorf v. 5. 12. 1996	
= NJW 1997, 254 = WM 1997, 77		– 13 U 217/95	97, 167
= BB 1997, 16 = DB 1997, 224			



OLG Düsseldorf v. 12. 12. 1996 – 13 U 208/95	97, 152	BFH v. 26. 6. 1996 – X R 97/95 = BFH/NV 1997, 90	97, 106
OLG Düsseldorf v. 19. 12. 1996 – 13 U 232/95	97, 240	BGH v. 31. 7. 1996 – III R 137/95 = BFH/NV 1997, 235	97, 228
OLG Düsseldorf v. 23. 1. 1997 – 13 U 233/95	97, 226	BFH v. 13. 8. 1996 – II B 73/96 = BFH/NV 1997, 57	97, 78
OLG Düsseldorf v. 27. 2. 1997 – 13 U 23/96	97, 252	BFH v. 23. 8. 1996 – IV B 123/95 = BFH/NV 1997, 141	97, 102
OLG Hamburg v. 25. 9. 1996 – 5 U 208/95	97, 217	BFH v. 28. 8. 1996 – VII B 26/95 = BFH/NV 1997, 240	97, 228
OLG Hamm v. 8. 12. 1995 – 25 U 174/94	97, 225	BFH v. 19. 9. 1996 – XI B 7/96 = BFH/NV 1997, 221	97, 228
OLG Hamm v. 24. 1. 1996 – 25 U 72/95	97, 223	BFH v. 15. 10. 1996 – IX R 6/95 = BFH/NV 1997, 285	97, 149
OLG Hamm v. 30. 5. 1995 – 28 U 26/95	97, 25	BFH v. 12. 11. 1996 – III R 13/96 = BFH/NV 1997, 420	97, 255
OLG Hamm v. 22. 9. 1995 – 20 U 38/95 = AnwBl 1996, 237	97, 36	BFH v. 13. 11. 1996 – X R 30/96 = BFH/NV 1997, 253	97, 228
OLG Hamm v. 13. 12. 1995 – 25 U 19/95	97, 141	BFH v. 30. 1. 1997 – III B 99/95 = BFH/NV 1997, 385	97, 255
OLG Hamm v. 26. 9. 1996 – 15 W 151/96 = GmbH-StB 1997, 37	97, 153		
OLG Hamm v. 6. 11. 1996 – 25 U 47/96	97, 175	FG Baden-Württemberg v. 25. 11. 1996 – 3 V 37/96	97, 256
OLG Köln v. 22. 4. 1993 – 1 U 63/92	97, 169	= wistra 1997, 158	
OLG Köln v. 21. 3. 1996 – 18 U 100/95	97, 71	FG Berlin v. 23. 6. 1995 – III 283/92 Revision eingelegt – Az. beim BFH: IV R 36/96	97, 50
OLG Köln v. 3. 5. 1996 – 11 U 252/95 = StB 1997, 77	97, 147	FG Münster v. 29. 11. 1994 – 15 K 3383/89 U	97, 46
OLG Köln v. 8. 5. 1996 – 27 U 81/95	97, 177	FG Saarland v. 18. 12. 1996 – 1 K 214/94 = LEXinform 0141692	97, 256
OLG Köln v. 13. 12. 1996 – 19 U 114/96 = VersR 1997, 697	97, 229		
OLG Koblenz v. 13. 2. 1997 – 6 U 1500/96 = WPK-Mitt 1997, 153	97, 228		
OLG Zweibrücken v. 16. 1. 1997 – 4 U 47/96	97, 117		
<hr/>		<hr/>	
LG Berlin v. 16. 7. 1996 – 36 O 789/95, n.rkr.	97, 2	AG Hannover v. 24. 1. 1995 – 503 C 16463/93	97, 171
LG Bochum v. 30. 9. 1996 – 3 O 163/96	97, 173	AG Mannheim v. 6. 11. 1996 – AR 366/95 = WPK-Mitt 1997, 69	97, 102
LG Darmstadt v. 16. 3. 1996 – 2 O 520/95 = DStR 1996, 1584	97, 51	AG Potsdam v. 15. 2. 1996 – 22 C 487/95, rkr. = DStR 1996, 1063	97, 50
LG Düsseldorf v. 9. 11. 1994 – 11 O 645/93	97, 97		
LG Düsseldorf v. 17. 8. 1995 – 45 StL 8/95, rkr.	97, 50		
LG Saarbrücken v. 19. 4. 1995 – 9 O 463/94	97, 96		
<hr/>		<hr/>	
BFH v. 7. 12. 1995 – III R 12/91 = BFH/NV 1996, 680	97, 3	OFD Hannover, Vfg. v. 2. 1. 1997 – S 0284 – 25 – St H 551 = LEXinform 0138160	97, 158
BFH v. 13. 2. 1996 – VII B 245/95 = BFH/NV 1996, 657	97, 2		
BFH v. 16. 2. 1996 – I R 61/95 = BFH/NV 1996, 708	97, 179		
BFH v. 21. 3. 1996 – X R 100/95 = BFH/NV 1996, 694	97, 2	BdF-Schreiben v. 14. 3. 1997 – IV B 2 – S 2244 – 3/97	97, 154
BFH v. 26. 3. 1996 – IX R 62/93 = BFH/NV 1996, 797	97, 50		
BFH v. 1. 4. 1996 – X R 97/95 = BFH/NV 1997, 90	97, 106	VG Weimar v. 7. 2. 1997 – 6 K 1114/96 WE	97, 229
BFH v. 22. 4. 1996 – XI B 2/96 = BFH/NV 1996, 727	97, 50		
BFH v. 29. 5. 1996 – 1 R 42/95 = BFH/NV 1997, 1	97, 54	EuGH v. 12. 12. 1996 – Rs C-3/95 = EuZW 1997, 53	97, 229

## Vorschau auf 11/97

*Berichtigung bestandskräftiger Steuerbescheide, StB-Verschulden (FG Hamburg);  
DDR-Grundstücksübertragung in Zusammenhang mit Ausreise und Vermögensrecht (BGH);  
Fristenkontrolle: Büroorganisation, fehlerhafte Eintragung, schriftliche  
Nachricht des Gerichts (BGH); Honoraranspruch des StB: nach Kündigung des Mandats (BGH);  
Steuerberaterhaftung: fehlerhafter Familienvertrag, Prüfungspflicht des StB (OLG Düsseldorf);  
Anwaltshaftung: nach Belehrung über drohende Verjährung (OLG Düsseldorf)*

**Im Innenteil dieser Ausgabe ist eine Information zum Thema  
„Optimierte Vorsorge durch Herabsetzung der Einkommensgrenzen“ mit Beispielen  
eingehftet. Nutzen Sie unseren Berechnungsservice für Ihre Mandanten.**



## **Der Mandatsvertrag. Die neue CD-ROM aus der Reihe GI**

**Die elektronische GI-Gesamtausgabe 1980 – 1997 erschließt Rechtsprechung  
rund um das Thema Mandat und Mandatsvertrag.  
Sie zeigt Grenzen und Risiken des Berufsalltags auf, zum Beispiel bei den Themen Beratungsrisiko,  
Haftung, Versicherungsschutz, Honorar, Zurückbehaltungsrecht, Büroorganisation etc.**

**Weitere Informationen finden Sie in dieser Ausgabe.  
Bestellungen direkt an GI-Service: Fax-Hotline (02 21) 1 44-51 55**

## **I M P R E S S U M**

**GI – Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende,  
rechts- und steuerberatende Berufe**

**ISSN 1430 – 550 X**

### **Herausgeber:**

Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs AG  
Unternehmenskommunikation  
50597 Köln  
Telefon: (02 21) 144-72 98  
Telefax: (02 21) 144-51 27

### **Redaktion:**

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt –  
Fachanwalt für Steuerrecht (verantwortlich),  
Monika Reifferscheid M.A.

### **Erscheinungsweise:**

12 mal im Jahr, jeweils am 10. des Monats

### **Layout und Satz:**

Type Connection, Erfstadt

### **Druck:**

Pilgram Druck GmbH, Rösrath

### **Bezugsmöglichkeiten:**

Nur im Jahresabonnement.  
Preis: DM 96,- jährlich inklusive Mehrwertsteuer  
und Versandkosten.  
Die Postgebühren sind jeweils eingeschlossen.  
Bestellungen nimmt der Herausgeber entgegen.

### **Nachdruck:**

Nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung.